

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 258.

Freitag, den 3. November 1911.

18. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

Die Wirkung der Einfuhrschemine.

I.

Unter den verschiedenen Forderungen, die in der letzten Zeit von der sozialdemokratischen Presse, wie auch von verschiedenen wirtschaftlichen und kommunalen Verbänden zur Linderung der heutigen Lebensmittelerhöhung erhoben worden sind, befindet sich auch die in wirtschaftspolitischer Hinsicht höchst wichtige Forderung einer Abschaffung oder wenigstens einer Reform des heutigen Zolleinfuhrsystems. Von denen, die eine Abschaffung der Einfuhrschemine verlangen, wird diese Forderung damit begründet, daß die Einfuhrschemine wie eine Ausfuhrprämie wirken, im östlichen und mittleren Teil Deutschlands die Getreidepreise dadurch, daß sie das Getreideangebot auf dem inländischen Markt wesentlich beschränken, künstlich in die Höhe trieben und ferner die Reichskasse um einen Teil ihrer Einkünfte brachten, da die Einfuhrschemine ja nicht nur zur Wiedereinfuhr von Getreide, sondern auch zur zollfreien Einfuhr von Kaffee und Petroleum berechtigten. Die konservativen und klerikalen Blätter behaupten dagegen, die Aufrechterhaltung des Zolleinfuhrsystems sei eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit, denn dieses System sei nur ein vorübergehendes Mittel zur Bekämpfung des Preisrückgangs, der im Osten einem allgemein anerkannten Bedürfnis. Würde dieses System abgeschafft, so würde dem Landmann in den östlichen Provinzen Preußens die Möglichkeit genommen, sein Getreide nutzbringend zu verwerthen, die Getreidepreise würden fallen, der Getreidebau zurückgehen — und da solcher Rückgang natürlicherweise die Kaufkraft der Landwirte beeinträchtigen müßte, würde die schlechteste Folge nicht eine Verminderung, sondern eine Verschärfung der „angeblichen“ heutigen Notlage sein. Besonders hat die Zentrums Presse sich in letzter Zeit angelegen sein lassen, ihren Lesern diese und ähnliche Argumente vorzutragen, um ihre arbeiterfeindliche Zollpolitik zu rechtfertigen und sich als die Vertreterin der wirtschaftlichen Interessen des kleinen Mannes aufzuspielen. Selbstverständlich läßt es dabei namentlich die kleine Zentrums Presse, die sogenannte Kaplans Presse, die nur in kleinen ganz- oder halbländlichen Bezirken gelesen wird und kaum zu befürchten hat, daß gegnerische Blätter sich auf eine längere Widerlegung einlassen, an allerlei unsauberen Täuschungen nicht fehlen.

Als 1879 die bismarcksche Wirtschaftspolitik begann und der neue Zolltarif die Einfuhr von ausländischem Weizen, Roggen und Hafer mit einem Zoll von 1 Mk., von Gerste mit einem Zoll von 1,50 Mk. pro Doppelzentner (100 Kilogramm) belegte, wurde entsprechend dem alten Grundsatz des Zollrechts, daß eine eingeführte zollpflichtige ausländische Ware, wenn sie später wieder ausgeführt wird, Anspruch auf Zollfreiheit hat, auch für das aus dem Ausland in Deutschland eingeführte und wieder ausgeführte Getreide das System der Zollrückvergütung eingeführt. Wer Getreide aus dem Ausland einführt und später — vielleicht über eine andere Grenze oder einen anderen Hafen wieder ausführt, konnte die Rückvergütung des Zolls verlangen; doch mußte er nachweisen können, daß das von ihm eingeführte Getreide das gleiche sei, das er auszuführen gedenke. Man nannte diesen Nachweis den „Identitätsnachweis“.

Schon damals erhoben die Kaufleute der östlichen Hafenstädte, namentlich Danzigs, Königsbergs, Stettins, die bisher größtenteils den Einfuhr- und Ausfuhrhandel mit Korn in Händen gehabt hatten, gegen den Identitätsnachweis allerlei Einwände. Sie wollten ihn beseitigt wissen durch die Bestimmung, daß für jedes beliebige Quantum eingeführten Getreides dasselbe Quantum Getreide wieder ausgeführt werden dürfe, ganz gleich ob das ausgeführte Getreide anderer Herkunft und Qualität sei, als das eingeführte. Wer 100 Zentner Weizen eingeführt hatte, sollte also kurzweg berechtigt sein, den Zoll dafür zurückzuverlangen, wenn er 100 Zentner Weizen wieder ausführt, auch wenn dieser letztere Weizen irgendwo in den Ostprovinzen gewachsen und von ganz anderer Güte wäre, als der vorher eingeführte. Begründet wurde diese Forderung damit, daß der in den östlichen Provinzen Preußens angebaute Weizen meist nicht genügend Klebergehalt (Stärkegehalt) habe, um so wie er sei, zu Brot verbäcker zu werden. Er müsse, damit er eine gute marktgängige Ware abgebe, mit kleberreichem fremden Weizen vermischt werden. Der Identitätsnachweis machte nun aber eine solche notwendige Vermischung fast unmöglich.

Dazu, den Identitätsnachweis einfach aufzuheben, vermochte sich jedoch damals die Regierung noch nicht zu verstehen. Da aber die Forderung der Kornhändler auch im Interesse der ostelbischen Landwirte lag, wurde schon im Zollgesetz von 1879 den Kornhändlern die Einrichtung von Transittägern bewilligt, in denen das ein-

heimische mit dem fremden Getreide gemischt werden konnte. Bei der Ausfuhr sollte das in der Mischung enthaltene ausländische Getreide als zollfreie Durchfuhrmenge gelten. Das heißt, wenn der Kornhändler russisches, amerikanisches oder anders fremde Getreide bezog, um es einheimischem Getreide beizumischen, und dieses gemischte Getreide dann nach irgend einem ausländischen Hafen auszuführen, so brauchte er für das eingeführte fremde Getreide keinen Zoll zu zahlen.

Das dauerte bis 1882. Dann wurde durch Gesetz vom 23. Juni der Identitätsnachweis für Mehl und Mühlenfabrikate aufgehoben. Wenn nun Mehl ausgeführt wurde, dann brauchte nicht mehr nachgewiesen zu werden, daß das Mehl aus eingeführtem ausländischen Getreide gewonnen sei. Mochte es russisches, amerikanisches oder preussisches Korn gewesen sein, das der Müller vermahlen hatte, er oder der Exporteur des Mehls bekam auf Antrag bei der Ausfuhr eine Bescheinigung, auf die hin er so viel Korn zollfrei einführen konnte, als der von ihm ausgeführten Mehlmenge entsprach.

Damit war eine Bresche in den Identitätsnachweis gelegt und die Kornhändler wie die großen Getreideproduzenten im Osten benutzten die Gelegenheit, erneut für die völlige Aufhebung des ganzen Identitätsnachweises zu plädieren, indem sie ausführten, durch die Überproduktion von Getreide im Osten Preußens und die Unmöglichkeit, die überflüssige Getreidemenge zu rentablen Preisen nach dem Westen und Südwesten Deutschlands abzustößen, werde auf den östlichen Getreidemärkten zeitweilig ein sehr starker Preisdruck hervorgerufen, sobald der Zoll in den Preisen nur in sehr unzulänglichem Maße zum Ausdruck komme. Deshalb habe die Regierung die Pflicht, durch die Aufhebung des Identitätsnachweises dafür zu sorgen, daß die Getreidemärkte im Osten von dem starken Angebot entlastet würden und der Getreidepreis sich auf ihnen ungefähr um den Zoll höher stelle, als auf dem zollfreien Weltmarkt.

Betrachtet man als Aufgabe des Getreidezolls, den Getreidepreis auf dem Inlandsmarkt nur so viel zu steigern, daß er um den Zollbetrag höher steht, als auf den zollfreien Auslandsmärkten, und hält man es ferner für die Pflicht der Regierung dann, wenn diese Wirkung infolge irgend welcher besonderen lokalen Umstände nicht eintritt, sie durch künstliche Beeinflussung der Märkte zu erzwingen, so hatten die Landwirte, die die Aufhebung des Identitätsnachweises verlangten, unzweifelhaft recht. Aber die Herren Landwirte und ihre bezahlten Agitatoren hatten bisher immer behauptet — und größtenteils behaupten sie das, wenn es ihnen in ihre verlogene Beweisführung paßt, heute noch — daß der Zoll gar nicht oder doch nur in ganz geringem Maße die Inlandspreise erhöhe, denn den Zolltrage das Ausland! Wer diese Ansicht hat, der begeht ganz zweifellos einen Blödsinn, wenn er verlangt, der Zoll müsse im Preise voll zum Ausdruck kommen, das heißt der Inlandspreis müsse um den Zollbetrag höher sein als der Auslandspreis, und wenn er ferner an die Regierung die Forderung stellt, gefälligst durch entsprechende Maßnahmen dafür zu sorgen, daß ein solcher Preisunterschied hergestellt wird. Doch die Logik der Herren Großgrundbesitzer hat sich stets nur nach ihrem Nutzen gerichtet. Was ihren Profit steigert, gilt ihnen ohne weiteres als berechtigt und zweckmäßig. Und ebenso steht es mit den größtenteils politisch zum Freisinn gehörenden großen Kornspekulanten in den Ostseehäfen. Ihre Logik und ihre politischen Prinzipien richten sich genau nach ihrem Handelsgewinn; haben es doch manche der Herren fertiggelacht, die Einführung des heutigen Einfuhrschemins als eine Art Wiederherstellung des Freihandels hinzustellen.

Betrachten wir, um die eben geschilderte Argumentation zu verstehen, die damalige Marktlage etwas näher. Bekanntlich lieferten die sechs östlichen Provinzen Preußens, Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Posen und Schlesiens vor der Aufhebung des Identitätsnachweises (die 1894 erfolgte) durchschnittlich mehr als ein Drittel der gesamten Getreideernte Deutschlands. Sie waren also — vornehmlich gilt das von Ost- und Westpreußen — gezwungen einen Teil ihres Überflusses nach anderen Gegenden abzustößen. Wohin aber damit? Nach den anderen Ostseeländern konnten sie nichts ausführen, denn dort standen die Getreidepreise noch weit niedriger als in den preussischen Ostseeprovinzen. Ebenso wenig lohnte sich der Export nach Österreich-Ungarn.

Nehmen wir als Beispiel das Jahr 1892. In diesem kostete der Weizen (Mittelqualität) in Danzig 192 Mk. pro Tonne (20 Zentner), der Roggen 184 Mk.; in Petersburg der Weizen 162 Mk., der Roggen 150 Mk.; in Budapest der Weizen 156 Mk., der Roggen nur 136 Mk. Es blieb also als Absatzgebiet im wesentlichen nur Mitteldeutschland übrig, wo die Preise noch beträchtlich höher standen als im Osten; aber auch dieses Gebiet

war ein ziemlich begrenztes, denn im rheinischen Westen und Südwesten stieß das preussische ostelbische Getreide auf die Konkurrenz des amerikanischen und süd-russischen Getreides, das trotz des hohen deutschen Zolles und der See- und Rheinschiffen sich immerhin noch billiger stellte, als das ostelbische Getreide mit Einschluß der Eisenbahnfrachten und sonstigen Transportspesen. So kostete zwar 1892 der Weizen in Frankfurt 195, in Mannheim 205 Mk.; aber in Antwerpen war guter Donauweizen für 143 Mk. und schöner argentinischer Weizen für 151 Mk. zu haben, während in Amsterdam der Odesa-Weizen gar nur 124 Mk. pro Tonne kostete. Unter solchen Umständen war es für die Mannheimer Getreide-Großhändler in Anbetracht der verhältnismäßig geringen Rheinfracht trotz des hohen Zolles von 50 Mk. pro Tonne immerhin noch vorteilhafter, Donau- oder La-Plata-Weizen aus Antwerpen zu beziehen, als ostpreussischen oder pommerschen. Betrug auch im ganzen die Preisdifferenz zwischen den Mannheimer und Danziger Notierungen 13 Mk., zwischen den Mannheimer und Königsberger Notierungen sogar 21 Mk., so wurden doch diese Preisunterschiede durch die hohen Eisenbahntransportkosten und sonstigen Spesen mehr als reichlich aufgewogen.

Unter diesen Verhältnissen war es nicht selten, daß in Jahren reichlicher Ernte auf den östlichen Getreidemärkten zeitweilig ein starkes Überangebot in Getreide hervortrat und auf den Getreidepreis drückte, so daß der Zoll, der damals 50 Mark pro Tonne betrug, nur zum Teil in dem Preisniveau zum Ausdruck kam. Beispielsweise stand im Jahre 1892 in Königsberg guter ostpreussischer Weizen um 31 Mk. höher im Preise, als feiner, weißer englischer Weizen auf dem Londoner Markt, in dem Überschußjahr 1893 hingegen nur um 12 Mk.

Trotz der eifrigen Agitation der Kornhändler und großen Getreideproduzenten vermochte die Regierung sich jedoch vorläufig noch immer nicht dazu verstehen, den Identitätsnachweis fallen zu lassen. Sie versuchte es zunächst 1891 mit der Einführung von Staffeltarifen, die durch die Herabsetzung der Frachttaxe für weitere Entfernungen es den Landwirten im Osten ermöglichen sollte, ihr Getreide und Mehl zu verhältnismäßig billigen Preisen nach dem Westen zu werfen. Bei der Durchführung dieser Maßregel stieß aber die Regierung auf den entschiedenen Widerspruch der Landwirte im westlichen Deutschland, denen durch die Staffeltarife die Konkurrenz der großen Getreideproduzenten im Osten auf den Hals gehetzt wurde.

Als zu Beginn der sogenannten Caprivischen Ära neue Handelsverträge abgeschlossen und in diesen der Zoll für Weizen und Roggen auf 35 Mk., für Hafer auf 28 Mk. und für Gerste auf 22,50 Mk. pro Tonne herabgesetzt wurde, — fiel endlich zur Freude der ostelbischen Großgrundbesitzer und Kornhändler durch Gesetz vom 27. April 1894 auch der Identitätsnachweis — gemißermaßen als Entschädigung der östlichen Landwirte für die Ermäßigung der Zölle. Nach diesem Gesetz konnten die Personen, die Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Hülsenfrüchte, Raps und Rüben oder Mühlen- und Mälzereifabrikate ausführten, bei der Ausfuhr die Ausstellung eines Einfuhrscheines verlangen (vorausgesetzt, daß das Gewicht der ausgeführten Ware mindestens 10 Zentner betrug), der sie berechtigte, innerhalb 6 Monaten vom Tage der Ausstellung an gerechnet, die gleiche Menge der im Einfuhrschein bezeichneten Getreide und Hülsenfrüchtegattung vom Ausland wieder in das deutsche Zollgebiet einzuführen. Doch konnte der Exporteur auch den Schein nach einer Frist von 4 Monaten und zwar für einen darauf folgenden Zeitraum von sechs Monaten (also bis zu zehn Monaten nach der Ausstellung) auf den Zoll in Anrechnung bringen, den er für die Einfuhr von Kaffee, Petroleum, Tee, Reis, Olivenöl, Fischtran, Baumwollsamenzöl, mineralische Schmieröle, Süßrüben, Gewürze, gefärbene Feringe, Kakaobohnen und -Schalen, Kaviar, Austern, Hummern und verschiedene feine Nahrungsmittel zu zahlen hatte.

In dieser Form blieb das Einfuhrscheminsystem bestehen bis zum Inkrafttreten der neuen Bülowschen Handelsverträge (1906). Dann wurde, um die erhöhten Getreidezölle möglichst voll zur Geltung zu bringen, bestimmt, daß fortan der Inhaber eines Einfuhrscheines berechtigt sein sollte, nicht nur, wie bisher, eine dem Zollwerte der Einfuhrscheine entsprechende Menge der nämlichen, sondern einer beliebigen Getreidegattung zollfrei einzuführen. Dagegen wurde die Verwendung der Einfuhrscheine zur Begleichung des Zolls für solche Waren, die nicht zum Getreide gehören, wesentlich eingeschränkt. Nur die Zollgebühren von Kaffee und Petroleum dürften noch mit Einfuhrscheinen beglichen werden.

Die Reichstagswahl.

Die amtliche Wahlmache setzt ein.

Die fortschrittliche „Kösliner Zeitung“ veröffentlicht folgendes Zirkular:

„Euer Hochwohlgeboren!

Die Wahlen zum Reichstage stehen unmittelbar vor der Tür. Der Kampf wird diesmal, wie allgemein bekannt, sehr schwer werden; nur durch eine andauernde, ernste und umfangreiche agitatorische Tätigkeit kann es gelingen, unseren Wahlkreis der konservativen Partei zu erhalten. Diese Agitation macht aber sehr erhebliche Kosten, zu deren Deckung ausreichende Mittel nicht vorhanden sind.

Euer Hochwohlgeboren werden deshalb ergebnis um einen Beitrag zum Agitationsfonds gebeten, den Sie mit Rücksicht auf den viel ernstern Kampf gefälliger höher bemessen wollen, als den zur Wahl im Jahre 1907 gezahlten.

Aus besonderen Gründen, die einer Klarlegung wohl nicht bedürfen, wird dies Schreiben diesmal nicht, wie üblich, von dem Herrn, der die Aufforderung sonst hat ergehen lassen, sondern mit seinem Einverständnis von mir unterzeichnet.

Eine möglichst baldige Überweisung Ihres Betrages an den Unterzeichneten wäre im höchsten Grade erwünscht.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(gez.) Timme, Kreissekretär.

Zur Wahl im Jahre 1907 zahlten Euer Hochwohlgeboren einen Beitrag von . . . Mk.

Der skandalöse Zustand, daß Landratsämter zu konservativen Wahlbüros gemacht werden, bleibt bestehen und wird vermutlich noch eine Erweiterung erfahren, nachdem die Regierung entschlossen ist, ganz systematisch in den Wahlkampf einzugreifen.

Wahlglöckchen.

Gegen die Gültigkeit der Wahl des Zentrumsabgeordneten Brogly im reichsständischen Landtagswahlkreis Habsheim-Landjser ist von den Sozialdemokraten Protest eingelegt worden, 1. wegen Mißbrauchs der Kanzel zu Wahlreden und 2. weil die Kirchenglöckchen in einzelnen Ortschaften zur Einberufung von Zentrumsversammlungen geläutet wurden. Da Brogly nur 35 Stimmen mehr erhielt, als der sozialdemokratische Gegenkandidat, müßte die Kästung sehr wahrscheinlich sein, wenn das Zentrum nicht die Mehrheit im Landtage hätte.

Ein politisches Wahlbündnis in der Provinz Posen.

In politisch-demokratischen Kreisen der Provinz Posen wird mit Rücksicht auf das kürzlich perfekt gewordene Kompromiß aller deutschen Parteien lebhaft Propaganda für ein Bündnis zwischen polnischen Demokraten und Konservativen gemacht. Mit Ausnahme des Abg. v. Dziembowski sollen alle bisherigen Abgeordneten wieder kandidieren.

Wenn also schon die polnischen Demokraten das Bedürfnis nach einem Kompromiß haben, dann wird es bei den polnischen Sankern erst recht vorhanden sein. Es werden sich also bei den nächsten Reichstagswahlen die polnischen und deutschen Volksausplünderer bemühen, das polnische Volk aufs neue einzuführen.

Der abgebligte Justizminister.

Der preussische Justizminister hatte den Landgerichten in Berlin den Vorwurf gemacht, alle Preßedelikate künftig einer bestimmten Strafkammer zur Aburteilung zu überweisen. Die Landgerichtspräsidenten, die über die Frage zu beraten hatten, haben den Vorwurf des Justizministers abgelehnt mit der Begründung, daß eine solche Konzentrierung Zweifel in die Objektivität des Gerichts ziehen und die Rechtspflege in Mißkredit bringen könnte.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Krise innerhalb der Reichsregierung.

Trotz eines amtlichen Dementis wollen die Gerüchte nicht verstummen, daß zwischen dem Staatssekretär von Eindequitt auf der einen, dem Reichskanzler und dem Staatssekretär v. Eidenben-Wächter auf der andern Seite, Unstimmigkeiten bestehen. Dem „Frankfurter Kurier“ wird z. B. neuerdings aus Berlin gemeldet, daß Herr v. Eindequitt seine Entlassung eingereicht hat, sie aber auf Jureten wieder zurückgenommen hat.

Sozialdemokratische Interpellation.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstage folgende Interpellation eingebracht:

„Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Arbeiter der Reichseisenbahn nach langjähriger, durchaus zufriedenstellender Arbeit aus ihrer Arbeitsstelle entlassen wurden, weil sie zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen im Rahmen der bestehenden Reichsgesetze tätig waren? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um solch willkürliches, der Gleichberechtigung der Staatsbürger widersprechendes Vorgehen der Reichseisenbahnverwaltung für die Zukunft unmöglich zu machen?“

Der plattische „Reichsbote“ ist über die Einbringung dieser Interpellation außerordentlich empört, weil damit die kostbare Zeit des Reichstages verträdtet werde. Das Blatt macht den Staatssekretär Vorwürfe, er möge im Reichstage die richtigen Worte finden, um das „verbrecherische Treiben“ der Sozialdemokraten zu brandmarken. — Der „Reichsbote“ wird außerdem gegenwärtig von einer Kette entzweielter Sozialisten zusammengekleinert.

Der konservative Zug nach dem Westen.

Seit Jahren bemüht sich die konservative Partei, in Rheinland-Westfalen Boden zu gewinnen. Die im Zentralverband der Industriellen vereinigten Großindustriellen, die unter Ritters Führung vom Hausbunde abhingen, sind auch mit den Nationalliberalen unzu-

frieden; die dem Zentrum gefestigten Konservativen glauben nun die Erbschaft antreten und sich mit dem Zentrum in die rheinisch-westfälischen Kreise teilen zu können: für das Zentrum das katholische Land, für die Konservativen die protestantisch durchsetzten Städte und Industriezentren. Freilich diese letzten Ziele spricht man noch nicht aus, ein freikonservativer Führer, Dr. de Weertth-Elberfeld versicherte vielmehr kürzlich in einer Versammlung in Köln ausdrücklich:

„Für uns handelt es sich zunächst nicht darum, Mandate für Reichs- und Landtag zu gewinnen — das wird nur in seltenen Fällen möglich sein.“

Aber der konservative Redner sagte auch, was die Konservativen wollen und nach seiner Meinung können:

„Es gilt zunächst, lokale konservative Organisationen zu schaffen, die eine größere örtliche Bedeutung haben und durch ihre Anhänger bei den Entschlüssen der anderen Parteien eine Berücksichtigung durchsetzen können. Wie die Entwicklung weiter gehen wird, steht dahin, das aber ist sicher, daß die Zeit für eine konservative Propaganda im Westen sehr günstig ist. Da gilt es denn vor allem, daß alle diejenigen, die der nationalliberalen Fahne nicht mehr folgen wollen, bei den konservativen Organisationen eine Stätte finden, in der sie sich einrichten können und mögen. Deshalb muß das Programm möglichst weit gefaßt werden. Unendlich schwer ist es, das Vertrauen der Arbeiterklasse zu gewinnen. Aber die Schwierigkeit der Aufgabe darf konservative Männer nicht abschrecken. Eine Handhabung dazu bilden die evangelischen Arbeitervereine, die in einzelnen Städten eine starke Anhängerenschaft haben und bisher wohl meist für die nationalliberale Partei ihre Stimme abgaben.“

Wenn es gelingt, eine größere Schar von Freunden unserer Sache zu vereinigen, so empfehle ich dringend, danach zu streben, ihre Vertreter in öffentliche Ämter zu bringen; auch bevor man daran denken kann einen Konservativen in den Reichstag oder Landtag wählen zu lassen, ist das möglich. . . . Langsam aber sicher wird damit der konservative Einfluß steigen. . . . Die Zeit für konservative Bestrebungen im Westen ist sicherlich günstig, wir sollten sie nicht vorbeigehen lassen.“

Die Fruchtbarkeit eine Extraprämie an die Agrarier.

Der „Frankf. Ztg.“ wird geschrieben: „Im Reichstag hat der Eisenbahnminister bei der Steuerungsdebatte es beklagt, daß die Ermäßigung der Tarife zum Teil dadurch unwirksam gemacht worden sei, daß die Zwischenhändler die Frachtparitäts in die eigene Tasche gesteckt hätten, statt sie dem Konsumenten zugute kommen zu lassen; er wolle darüber nachdenken, wie dem zu steuern sei. Wenn er also schon einmal an Nachdenken ist, so sei ihm empfohlen, auch gleichzeitig eine andere Gruppe von Leuten in den Bereich seiner Betrachtungen zu ziehen, die ebenfalls zum Schaden der Konsumenten einen unerlaubten Gewinn aus seinen Maßnahmen ziehen, nämlich die ostelbischen Produzenten. In einer liberalen Versammlung in Düsseldorf hat ein Kartoffelgroßhändler eine Geschichte davon erzählt, die einem seiner Bekannten beim Einkauf in Ostpreußen zugefallen ist. Als der Herr dort bei einem Rittergutsbesitzer und Landrat seinen Bedarf an Kartoffeln zu dem bisher üblichen Tagespreis decken wollte, erklärte ihm diese Stütze des Thrones: „Nein, mein Lieber, die Kartoffeln sind jetzt nicht mehr so billig zu haben. Sie verdienen an der Frachtparität jetzt über 30 Pfg., davon bekomme ich pro Zentner 10 Pfg. mit, sonst gibts nichts.“ Was sagt der Herr Minister zu diesem volksfeindlichen Vorgehen?“

Der Herr Minister wird es als ganz selbstverständlich betrachten, daß auch bei dieser Maßnahme die Agrarier ihren Profit einheimen. Was im Staat Preußen geschieht, hat doch allemal den Zweck, den Ostpreußen Nutzen zu bringen.

Die Zwecklosigkeit der Grenzsperr.

Die Agrarier begründen bekanntlich die Grenzsperr für Vieh stets mit der Seuchengefahr. Wie wenig stichhaltig diese Begründung ist, beweist die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ durch folgenden Bericht:

„Gegen die Maul- und Klauenseuche scheint jede Abwehrmaßnahme vergeblich zu sein. Das mußten auch die Bewohner von Pöhlwurm erfahren. Die Pöhlwurm hatten trotz der meilenweit entfernten Lage ihres Eilandes vom Festlande alle möglichen Maßregeln zum Schutze gegen das Ubergreifen der Seuche getan. Der Dampfexpedient seit Monaten kein Vieh vom Festlande, und alle ankommenden Personen mußten ihre Füße auf mit Epsol getränkten Wattenmatten abtreten. Trotzdem ist jetzt auf Pöhlwurm die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.“

Trotzdem werden die Agrarier nach wie vor für Aufrechterhaltung der Grenzsperr eintreten. — Natürlich im eigenen Interesse.

Scharfmacher und Privatbeamtenversicherung.

Der „Verein zur Wahrung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen für Rheinland und Westfalen“ — im Industriegebiet allgemein der Verein mit dem langen Namen genannt — hat sich bei seiner Tagung in Düsseldorf mit der Privatbeamtenversicherung befaßt. Der preussische Landtagsabgeordnete Dr. Heumer, der Syndikus dieses Vereines ist, kritisierte, daß der Reichstag die über die Untersuchungen namhafter Versicherungsleute über das Privatbeamtengesetz zu wenig beachte. Diese Untersuchungen hätten ergeben, daß, wenn man die Privatbeamtenversicherung den bestehenden Lebensversicherungen überweise, eine jährliche Ersparnis von rund 100 Millionen Mark zu erzielen sei. — Der Verein sprach sich weiter dafür aus, daß sobald als möglich ein industrielles Enteignungsgesetz geschaffen werden müsse.

Dieses Enteignungsgesetz ist so gedacht, daß der Industrielle das Recht eingeräumt werden soll, Grundstücke usw. auch zwangsweise erwerben zu können, wenn sich dies zur Ausbreitung industrieller Anlagen und zur Hebung von Bodenschätzen nötig machen sollte.

Schweiburg.

der Moralprediger und Scharfmacher.

Schweiburg, der bekannte Sozialistenfresser, zitiert in der Nummer vom Dienstag seiner „Berliner Pol. Nachr.“ Bismarcks Ausspruch: „Niemand wird so viel gelogen, als vor einer Wahl, während eines Krieges und nach einer Jagd“, gegen den Wahlkampf der Freisinnigen. In derselben Nummer aber pöbelt er in bekannter Manier wieder die Sozialdemokratie an und sagt: Gesetze gegen die Sozialdemokratie seien nicht „Knebelgesetze“, sondern es handele sich dabei „genau so wie bei den Strafbestimmungen gegen Hoch- und Landesverrat lediglich darum, Staat und Volk vor Bestrebungen zu bewahren, die darauf abzielen, beide durch Massenwirkungen zu vergewaltigen.“ — Schweiburg ist ein gelehriger Schüler Bismarcks.

Feindliche Brüder.

Die Nationalliberalen hatten bekanntlich im Seniorenkongress des Reichstages den später wieder zurückgezogenen Antrag gestellt, der Reichstag solle vor Abschluß des Marokko-Abkommens gehört werden und ohne seine Genehmigung solle weder deutsches Schutzgebiet abgetreten noch neues Kolonialland erworben werden. Das ist unserer Ansicht nach ohne weiteres das Recht des Reichstages; die konservativen Blätter aber halten den nationalliberalen Vorschlag in seiner Ausführung als „Schmälerung der verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers“. Dagegen wendet sich offiziell die nationalliberale Partei, indem sie in ihrer Korrespondenz vom 31. Oktober u. a. schreibt:

„Diese Irreführung der öffentlichen Meinung wird unternommen, um Wasser auf die Mühlen einer Partei zu leiten, welche bei der Vereitelung der preussischen Wahlrechtsvorlage aufs neue bewies, daß sie den erklärten Willen des Königs mißachtet, sobald er ihrem Fraktionsinteresse entgegentritt! Herr v. Heydebrand hat nun völlig erreicht, was er wollte; was er zu Breslau in die Form kleidete: „Die Regierenden müssen sich klar sein, daß sie nichts sind, als die Beauftragten der — wahren Patrioten!“

Schließlich weist die Korrespondenz noch darauf hin, daß das Feuerbestattungsgeleß in Preußen ebenfalls vor die Volksvertretung gekommen ist, obwohl es durch Verordnung hätte Geltung bekommen können.

Diese antimonarchistische Kabalgerlei ist immerhin interessant.

Eine Reformationspredigt der „Deutschen Tageszeitung“.

Für die Sunigkeit des Blockbündnisses zwischen dem protestantischen Agrariern und den agrarischen Ultramonarchisten legt ein Leitartikel der „Deutschen Tageszeitung“ Zeugnis ab, der anscheinend von Dertel selbst stammt, denn er trägt das bekannte Dreifurche-Signum.

„Fest im Bekenntnisse“ sollen die evangelischen Christen gegenüber „Modernisten“ und gegenüber der „schränkenlosen Lehrfreiheit“ bleiben. Nur dem Ultramonarchismus gegenüber Toleranz. Dort steht jetzt der Verbündete, verbündet in der Reaktion und im Kampf für die agrarischen Forderungen. In dieser schönen und „uneigennütigen“ Toleranz preist die „Deutsche Tageszeitung“ just am Reformationsfest und just in dem dieser Feler gewidmeten Leitartikel ein Buch des Rottenburger Bischofs von Keppeler, das soeben in neuer Auflage erschienen ist. Nicht „auf den gesamten schönen und fesselnden Inhalt“ des Buches möchte die „Deutsche Tageszeitung“ eingehen, sondern nur auf die Stelle, an der sich Bischof Dr. von Keppeler an die verschiedenen christlichen Bekenntnisse wendet. Er schreibt:

„Und wir, die wir im Glauben getrennt und doch auch wieder geeint an Christus, dem Gottessohn, dem Heiland und Erlöser festhalten und von Eifer befeuert sind, die Menschen zu Christus zu führen und in Christus glücklich zu machen, stellen wir den wahnwitzigen Kampf gegeneinander ein! Man kann es im kleinen nachrechnen und man sieht es bereits an den Wirkungen im großen, wieviel Bitterkeit, Kälte, Entfremdung, wieviel Leid und Wehe dieser Kampf in den letzten Jahren in die Welt gebracht hat. Lasset uns ihm ein Ende machen; er wird sonst die Schande des Jahrhunderts.“

Schon vor Jahren haben wir (die Tageszeitung) diese Ausführungen wiedergegeben und hinzugefügt, daß wir sie von unserem evangelischen Standpunkte aus durchaus unterschreiben können. Deswegen sind wir von gewissen Heißspornen hart angefallen worden. Das verklärt uns nicht. Wir werden weiter alles tun, um den Frieden zwischen den christlichen Bekenntnissen zu fördern, weil wir wissen und überzeugt sind, daß ohne diesen Frieden Deutschland nicht zur Ruhe und nicht zum Gedeihen kommen kann.“

Und, notabene, daß sich der agrarische Raubzug gegen das Volk beider Konfessionen sonst nicht glatt vollziehen würde. Das verschweigt das Agrariertum vorsichtigerweise.

China.

Die Revolution. Der Thron befahl Sunshikais sofort nach Peking zurückzukehren. Gleichzeitig hat die Nationalversammlung Liyuanheng telegraphisch aufgefordert, die Feindseligkeiten ein für allemal einzustellen, während sie sich bemühe, die Streitpunkte zwischen allen Parteien beizulegen.

Aus Peking wird gemeldet: Die Regierung der Rebellenpartei zeigt dem von der Nationalversammlung geduldeten Wunsch, die Feindseligkeiten gegen die kaiserlichen Truppen bis auf weiteres einzustellen, grundsätzlich geneigt, doch knüpfte der militärische Rebellenchef Liyuanheng auf seine Zustimmung zu diesem für die einleitende Vermittlungsaktion notwendigen Waffenstillstand gewisse Bedingungen, von denen der zur schleunigen Berichterstattung nach Peking berufene Ministerpräsident Sunshikai unterrichtet wurde. Unter anderem fordert die Rebellenpartei sofortige ausreichende Bürgschaften dafür, daß der von ihm einzusetzenden großen Abordnung von Vertrauensmännern der Armee umfassender Einfluß zugestanden werde. Es würde sich um die Einsetzung eines Obersten Militärrates handeln, ohne dessen Prüfung Krone und Ministeriat keine wichtige politische, militärische oder finanzielle Vorlage an das künftige Parlament gelangen lassen dürfen.

Aus Lübeck und Umgebungen.

Freitag, den 3. November.

Der Bürgerausschuß beschloß resp. bewilligte in seiner letzten Sitzung für die Auswechslung von schadhaften Hochspannungs- und Akkumulatorenbatterie des städtischen Elektrizitätswerkes 47 000 Mk. und für den Ankauf und die Auswechslung zweier Stühle für die Quarantäneanstalt 15 087 Mk. Zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft empfohlen wurden die Senatsanträge betr. die Errichtung einer neuen Oberlehrer- und einer zweiten Zeichenlehrerstelle an der Realschule zum Dom, der Verkauf von Industrieflächen an der Elbe-Trave-Kanal außerhalb Lübecks und der Verkauf von Bauplätzen auf dem Primall in Travemünde. Der Senatsantrag betr. die gesetzliche Begrenzung der Hilfslehrer- und Hilfslehrerinnenzeit wurde an eine Kommission verwiesen. Der Bürgerausschuß richtete dem ihm von der Bürgerschaft überwiesenen Antrag an den Senat, er möge in Rücksicht auf die bestehende Leuerung und den Mangel an Arbeit in vielen gewerblichen Betrieben veranlassen, daß Arbeiten, für welche die Mittel bewilligt sind, in kleinen Losen verteilt möglichst bald zur Ausführung kommen. Der Gemeinde-Siemens wurden 1980 Mk. zur Deckung des Fehlbetrages, der sich bei der Schließung der Gemeindefrankenversicherung ergeben hat, aus Staatsmitteln bewilligt.

Das 10-jährige Stiftungsfest des Arbeiterbildungsvereins, das gestern abend durch eine Feier im Gewerkschaftshaus begangen wurde, erfreute sich einer sehr regen Anteilnahme seitens der Lübecker Arbeitererschaft. Es wurde dadurch dem Verein gewissermaßen die Anerkennung für alles das ausgedrückt, was er im Laufe der Jahre für die Förderung der Bildungsbestrebungen der hiesigen werktätigen Bevölkerung geleistet hat. Das Verständnis und Interesse für die dramatische Kunst, für gute Musik usw. sind von ihm besonders in den Kreisen derjenigen geweckt worden, die tagtäglich in harter Arbeit um ihre armselige Existenz kämpfen müssen, deren Leben sonst freudeleer ist. Durch Unterrichts-Kurse wurden ferner die Lücken auszufüllen versucht, welche die Volksschulbildung, wie sie den Kindern der Arbeiter zuteil wird, nun einmal hinterläßt. Das Programm des festlichen Stiftungsfestes war sehr reichhaltig und anregend. Vorträge des Arbeiterfängerbundes, unter der trefflichen Leitung des Herrn Sulante, wechselten mit Liedern und Arien ab, die von den Mitgliedern unserer Oper Herrn Langefeld und Fr. W. W. schön und mit prächtvollem Ausdruck gesungen wurden. Besonders stürmischen Beifall fand das Varenlied aus Vorhings „Zar und Zimmermann“, das von Langefeld gegeben wurde. Ein Ball hielt die Festteilnehmer dann noch einige Stunden in fröhlichster Stimmung beisammen.

Die Dreifrauenkasse in Lübeck hatte am 1. Novbr. 1911 22 767 Mitglieder gegen 20 596 im Jahre 1910. Auf Männer entfielen davon 15 431 (1910 14 011), auf Frauen 7236 (1910: 6585). Erwerbsunfähigkeitsfälle waren am letzten Oktbr. 1911: Männer 888 (1910: 262) und Frauen 246 (1910: 228). Ausweiskasse für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Okt. 2058 (1910: 1837) erteilt. Sterbepflicht wurde im Oktbr. für Mitglieder in 21 Fällen, für Angehörige in 35 Fällen gezahlt. Übertragungen erwerbsfähiger Mitglieder gegen die fahungsmäßigen Verordnungen waren in 12 Fällen mit Strafe zu belegen. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortleitung der Mitgliedschaft im Anschluß an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im Oktbr. 2 Abweisungen erfolgen müssen. Die freiwilligen Rassenbeiträge müssen Mittwochs und Donnerstags tunlichst in den Vormittagsstunden entrichtet werden.

Schwankende Gesundheit. Die Sterblichkeit betrug in der Woche vom 15. bis 21. Oktober von den deutschen Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern auf 1000 und auf das Jahr berechnet in: Altona 19,0, Berlin 14,7, Braunschweig 14,5, Bremen 11,6, Charlottenburg 10,8, Köln 14,4, Dresden 13,3, Frankfurt a. M. 10,3, Hamburg 15,4, Hannover 13,4, Kiel 12,3, Leipzig 11,8, Lübeck 12,7, Magdeburg 14,9, München 14,1, Stettin 16,7.

Kleine polizeiliche Nachrichten. In der Katharinenstraße ist auf dem Bahnkörper der Lübeck-Rüchener Eisenbahn ein schwarzes gestrichenes Scheiwer gefunden worden. Der eventuelle Eigentümer kann den Scheiwer in der Bahnmesserei, Schützenstraße Nr. 30, in Empfang nehmen. — In der Nacht zum 1. ds. Mts. sind aus einem Taubenstich in der Rakeburger Allee zwei weiße Tauben gestohlen worden. — Von der Feldmark Bötenitz bei Daffow sind in der Nacht zum 31. Oktober ds. Jrs. 260 kg Kupferdraht gestohlen worden. Der Draht ist 4 1/2 mm stark, bestand in vier Ringen und sollte für die Fernleitung der überlandzentrale dienen.

Stadthaus-Theater. Man schreibt uns: Am Sonntag geht Oskar Wildes Komödie „Eine Frau ohne Bedeutung“ in Szene.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Sonnabend gelangt als vollständige Vorstellung bei kleinen Preisen Shakespeares „Romeo und Julia“ zur noch-maligen Aufführung. Am Sonntag nachmittags 3 Uhr kommt bei kleinen Preisen der erfolgreiche Schwant „Meyers“ von Friedmann-Friedrich zur Wiederholung. Sonntag abend 7 1/2 Uhr findet die Erstaufführung der Operetten-Modität „Das Musikantenmädchen“ von Georg Jarro statt. Die Operette hat bereits ihren Siegeszug über die meisten deutschen Bühnen mit geradezu durchschlagendem Erfolge beendet.

Schwartzau-Rensfeld. Mit der enormen Verteuerung der Lebensmittel wird sich eine am Sonnabend 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Binkert stattfindende Volksversammlung beschäftigen. Angesichts der teuren Zeiten ist es Pflicht eines jeden Arbeiters und jeder Arbeiterfrau, in dieser Versammlung gegen den Lebensmittelmwucher zu protestieren. Deshalb: Auf zur Versammlung!

Travemünde. Parteiverammlung. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins wird am kommenden Sonntag nachmittags 4 1/2 Uhr in Dortmunds Lokal abgehalten werden. Es ist die letzte vor der Bürgerstimmwahl. Der Parteisekretär Genosse Bromme wird einen Vortrag halten, der sich mit den nächsten Wahlen beschäftigt. Der Beginn der Wahlkämpfe wird hoffentlich auch die hiesige Arbeitererschaft etwas aus ihrer lethargie aufrütteln und hoffen wir zunächst alle unsere Mitglieder in der Versammlung begrüßen zu können.

Hansdorf. Mit den Reichstagswahlen werden am Sonntag zwei Volksversammlungen beschleunigt, in denen der sozialdemokratische Reichstagskandidat Genosse Stellung-Lübeck sprechen wird. Die erste Versammlung findet nachmittags 2 1/2 Uhr im Hause des Herrn Popp in Lechau, die zweite um 5 1/2 Uhr im Hause des Herrn Myrau in Hansdorf statt.

Kiel. Als Zentrumskandidat für den Wahlkreis Kiel-Rendsburg ist Reichstagsabgeordneter Erzberger in Aussicht genommen. Herr Erzberger kommt im Dezember nach Kiel, um sich seinen Wählern vorzustellen.

Kiel. Landgraf und Bauernvogt. Die Leibeigenschaft ist zwar vor knapp einem Jahrhundert gesetzlich

aufgehoben, aber dieses Verbot besteht nur auf dem Papier. Tatsächlich sind die kleinen Landleute den großen Herren heute noch vielfach so leibeigen, wie es vor hundert Jahren der Fall war, besonders, wenn sie noch obendrein Pächter eines solchen Großgrundbesizers sind. Ein treffendes Beispiel dafür liefert folgender Fall, der jetzt vor den Gerichten seinen Abschluß gefunden hat. Die Personen in diesem Vorfall sind der Landgraf von Hesse und die Bauernvogtscheleute W. o. h. Der Landgraf von Hesse auf Hessestein ist einer der größten Grundbesitzer in Ostholstein. Bauernvogt W. o. h. lebt in bescheidenen Verhältnissen in Schwartzbuck bei Plön. Zwischen beiden ist nun ein Streit um den Besitz einer Erbbaurechtskate, die auf gräflichem Boden in Schwartzbuck steht, ausgebrochen. Nach dem Tode des früheren Besitzers der Kate ging diese in den Besitz seiner Tochter über. Letztere starb aber auch, und zwar in der Irrenanstalt. Fünf Jahre lang blieb nun die Kate unbewohnt. Von Amts wegen wurde dann ein Nachlasspfleger eingesetzt für die zerstreut wohnenden Anverwandten, der dann am 13. April 1910 die Kate verkaufte. Zu diesem Verkaufstermin erschienen verschiedene erbbaurechtigte Personen, unter anderen die Bauernvogtsfrau W. o. h. aus Schwartzbuck. Letztere kaufte auch die Kate für 1000 Mk., aber erst, nachdem ihr von allen Seiten zugeredet wurde, und nachdem sie vom Nachlasspfleger die Versicherung erhielt, daß dem Ankauf der Kate nichts im Wege stehe und daß es sich hier nicht um den Verkauf von gräflichem Grund und Boden handelt. Innerhalb acht Tagen sollte sie den Zuschlagsbescheid erhalten. Der Zuschlagsbescheid blieb aber aus und auf persönliche Anfrage kam die Antwort, der Landgraf von Hesse wolle die Kate kaufen und berufe sich auf sein Vorkaufrecht. Die Frau W. o. h. wandte sich nunmehr im Laufe des Sommers 1910 mehrere Male mit Bittgesuchen an die Guts-herrschaft und betonte insbesondere, daß sie als Wittebin doch Ansprüche an die Kate habe, die dem Vorkaufrecht in nichts nachstünden. Der Bittstellerin wurde nur der Bescheid, daß sie entweder mehr bieten oder überhaupt auf den Erwerb der Kate verzichten möge. Schließlich wurde aber ein neuer Verkaufstermin auf den 23. November 1910 anberaumt, zu dem jedoch keine Käufer erschienen waren, auch die Guts-herrschaft war nicht vertreten. Ein dritter Termin fand dann noch am 14. Dezember 1910 statt, zu dem die im ersten Termin anwesend gewesen Erben wieder erschienen waren, weil ihnen mitgeteilt worden war, daß die Kate dem Land-grafen zugesprochen würde, falls niemand erscheine. Ein Beauftragter der Guts-herrschaft war aber zu diesem Termin ebensowenig erschienen, als zu den beiden vorhergehenden. Da Frau W. o. h. an ihrem ersten Gebot von 1000 Mk. festhielt und niemand mehr bot, verlor der dritte Termin nach der Auffassung der Anwesenden wiederum zugunsten der Frau W. o. h. In dem guten Glauben, daß die Kate jetzt bestimmt in den Besitz der Familie W. o. h. übergehen würde, hatte der Ehemann W. o. h. bereits im Herbst 1910 sich des verlassenen und verwahrlosten Häuschens angenommen und in seinem Interesse wie im Interesse der Erben die notwendigen Reparaturen unter Anwendung von viel Arbeit und Kosten vorgenommen. Er kalkulierte die Wände an, sorgte durch Herstellung eines Grabens für den Abfluß des Wassers, weil der Fußboden zu faulen begann, und zahlte sogar an den Inspektor des Gutes Hessestein die Brand-kassengebühren, die von diesem ohne Einwendungen am 10. Januar 1911 in Empfang genommen wurden. Schließlich bezogen die Eheleute W. o. h. mit ihrem erwachsenen Sohn auch noch die unbewohnte Kate, weil sie glaubten, es sei ihr Eigentum. Die Freude an dem Eigentum währte aber nicht lange. Ein Vertreter der Guts-herrschaft verlangte die Klärung der Kate, und weil dieser Aufforderung nicht Folge geleistet wurde, kam am 1. Mai 1911 ein Gerichtsvoll-ziehener mit einem Kutscher, und die Familie W. o. h. wurde gewaltsam vor die Tür gesetzt mit samt ihrem Mobiliar und Hausgerät. Bei dem Hinausweisen klammerte sich die Frau an ihrem Mann fest und der Sohn wollte sich eine solche Behandlung seiner Eltern nicht gefallen lassen. Schließlich wälzten sich alle auf dem Fußboden. Frau W. o. h. wurde bei dieser Emission der Arm ausgerenkt. Gegen die Familie W. o. h. wurde nun ein Strafverfahren wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt eingeleitet. Nachdem schließlich die Familie W. o. h. auf der Straße lag, schloß der Gerichtsvollzieher die Türe zu und legte Siegel auf das Schloß. Nach wenigen Tagen aber schnitt ein Polizeibediener die Siegel ab, und der Inspektor inkassierte, als wäre die Kate Eigentum des Guts-herrn, einen neuen Bewohner, der heute noch im Besitze der Kate nach freiem Ermessen schaltet und waltet. Die Eheleute W. o. h. strengten nunmehr einen Prozeß an, um die rechtmäßig gekaufte Kate wieder zu erlangen. Sie stützten sich darauf, daß innerhalb der gesetzlichen Frist kein höheres Gebot als 1000 Mk. gemacht worden ist, und daß die Guts-herrschaft in den drei Verkaufsterminen gar nicht vertreten war. Sie hatten aber kein Glück. Schöffengericht und Landgericht wiesen die Klage ab. Außer den Kosten, die ihnen erwachsen sind, müssen die Eheleute W. o. h. und ihrer erwachsenen Sohn jeder noch 20 Mark Geldstrafe wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zahlen, die ihnen vom Schöffengericht Plön zudiktirt wurden. Der Amtsanwalt hatte sogar für jeden der drei Wochen Gefängnis beantragt. Die Kate, die die Frau W. o. h. für 1000 Mk. gekauft hatte, ist aber jetzt Eigentum des Landgrafen von Hesse. So geschahen im Jahre 1911, 100 Jahre nach Aufhebung der Leibeigenschaft in Preußen. In Ostholstein hat dieser Vorfall große Erbitterung hervorgerufen und er wird hoffentlich bei den kommenden Reichstagswahlen seine Wirkung nicht verfehlen.

Kuhgabeln. Die Kuh im Wahlkampf. In Orstedt bei Rughaven fand am Sonntag eine vom Hamburger Reichstagswahlverein einberufene öffentliche Versammlung statt. Nach dem offiziellen Redner der Nationalliberalen, Herrn Dr. Albrecht, trat für die Fortschrittler ein Herr Krull auf. Herr Krull sprach als Vertreter und im Namen von Dr. Straband, dessen „beste Grüße“ er überbrachte. Er erklärte sich u. a. energisch für Versöhnungs- und Mildepolitik gegenüber Dänen und Polen und wies auf die Israeliten in der biblischen Zeit in Ägypten und das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie hin. Zur Maul- und Klauenseuche sagte er, Dr. Straband sei seit fünf Jahren praktischer Landwirt. Er selbst sei von der Seuche verschont geblieben, aber alle seine Nachbarn hätten diesen unheimlichen Gast auf ihrem Gehöft gehabt. Dr. Strabands Kuh habe nicht mal zum Bullen gekonnt wegen der schrecklichen Absperrung. Das „Gehöft“ schreibt dazu: Da Herr Dr. Straband über ein gutes Maß Humor verfügt, wird er seinem „Vertreter“ die anzügliche Bemerkung über die Maul- und Klauenseuche nicht gar zu übel nehmen. Aber anders steht es mit den Enthüllungen über das intime Liebesleben von Dr. Strabands Kuh. Sie, die sich seit Jahren in Groß-Hansdorf dem nützlichen Beruf hingibt, die Milch der frommen Den-kungsart in reicher Fülle zu spenden, sie, die in ländlicher Zurückgezogenheit nicht an die Händel der Welt denkt, sondern beschaulich wiederkaut, sie hätte nicht das Opfer einer ebenso unnötigen wie verlegenden Indiskretion werden dürfen. Mußte es denn sein, daß die zarte Sehnacht der fortschrittlichen Kuh nach dem agrarischen Bullen in den Bereich der Politik hineinbezogen wurde? Mußte es sein, daß die

zartesten Empfindungen, die durch ein grausames Geschick zum Unbefriedigtsein verurteilt wurden, so auf den Markt der Öffentlichkeit gezerrt wurden? Es gibt Dinge, Zustände und Verhältnisse, die auch die heftigste Parteiliebe nicht respektieren sollte.

Bremen. Die Bürgerschaft hat am Mittwoch über die Mitteilung des Senats verhandelt, betreffend vorläufiger Zuschlag zu den Beamtengehältern. Der Senat stimmte dem Antrage zu, will aber die Schreiber, welche ein geringeres Jahresgehalt als 1500 Mk. haben, ausgenommen wissen. Von unserer Fraktion wandte sich Genosse Henke gegen die Ausschließung der Schreiber. Unser Redner verwies darauf, daß man auch die Staatsarbeiter mit einer so minimalen Lohnerhöhung bedacht habe, daß sie nicht den erhöhten Lebensmittelpreisen entspreche. Die Schreiber hätten in einer Petition nachgewiesen, daß die Schreiber in Lübeck und auch in Hamburg besser gestellt seien als in Bremen. Heute beantragte, daß allen Jahrgelbes berechtigten Schreibern die Zulage zu gewähren sei, da es sich um Leute handle, die verheiratet sind und ein Alter bis zu 30 Jahren hätten. Unser Antrag wurde abgelehnt, aber ein Antrag von Dr. Böhmer angenommen, den die Schreibern im Alter von 18 Jahren an eine Zulage von 5 Proz. gewährt. Senator Stadtkämmerer meinte, die Zulage sei so gering, daß sie nicht der Mühe wert sei. Es wurde natürlich geantwortet, daß gerade die am schlechtesten bezahlten eine Zulage am nötigsten hätten. Nun werden wohl unsere Beamten bis zu einem Gehalte von 4000 Mk. endlich etwas erhalten, wenn auch leider die Jüngsten ausgeschlossen bleiben. — Der von unserer Fraktion gestellte Antrag auf Gewährung von Diäten an Bürgerchaftsmitglieder wurde heute in zweiter Lesung angenommen. Genosse Waigand mußte die Herren Liberalen recht deutlich am Ohr läppchen nehmen, bis sie aus Rücksicht auf die in diesem Monat stattfindenden Neuwahlen sich für die Annahme des Antrages erklärten. Es wird nun eine Deputation zur Befragung der Frage niedergesetzt werden, da der Antrag eine Verfassungsänderung involviert. — Ein Antrag auf Wiederaufhebung der am 12. April ds. Jrs. beschlossenen Durchbrechung des Rehpennigtarifs der Straßenbahn, den die Liberalen aus Angst vor der großen Erbitterung der Bevölkerung eingebracht hatten, wurde angenommen. Unser Genosse Jungo bemerkte sehr richtig, daß der Antrag wenig nützen werde, denn eher sei einem Raubtier eine Beute zu entreißen, als einer kapitalistischen Gesellschaft eine verlebene lukrative Konzession.

Oldenburg. Von der Reichstagswahl. In Oldenburg sind die Nationalliberalen mit den reaktionären Parteien bei den Landtagswahlen zusammengegangen mit dem Erfolge, daß sie aufs Haupt geschlagen wurden. Trotz der üblen Erfahrung haben sie hinterher noch beschlossen, das Bündnis mit diesen Parteien aufrecht zu erhalten. Nun berichtet die „Weiserzeitung“, daß der nationalliberale Reichstagskandidat in Oldenburg-Birkenfeld, Regierungsassessor Dr. Stöwer, zuerst vom Zentrum und jetzt auch von den Bündlern eine Ablage erhalten hat. Beide Parteien wollen eigene Kandidaten aufstellen, die Bündlern den früheren Landtagsabgeordneten Major a. D. v. Levechow-Zielbeck. Der Wahlkreis wird gegenwärtig vom fortschrittlichen Abg. Althorn vertreten. Sozialdemokratischer Kandidat ist Genosse Stellung-Lübeck.

Stade. Moabit vor dem Landgericht in Stade. Wir tragen noch folgendes aus den Prozeßverhandlungen nach: Der Angeklagte, Genosse Schubert, erklärte, daß er bei der Aufnahme des Artikels nur den Widerspruch zwischen den Feststellungen des Gerichts und der Rede festzulegen wollte, die der Polizeipräsident v. Jagow an Kaisers Geburtstag im Zoologischen Garten gehalten hat. Es sei eben nicht richtig, daß wie Herr v. Jagow in seiner Rede betonte, von den in Moabit tätigen Schutzleuten tabellarische Manneszucht gehalten wurde. Die Rede sei auf die Täuschung der Öffentlichkeit berechnet gewesen. Nachdem einzelne Teile des Urteils verlesen worden waren, daß das Gericht in Moabit gefällig hatte, und nachdem der Vertreter des als Nebenkläger zugelassenen Herrn v. Jagow erklärt hatte, daß sein Mandant die kritisierte Rede gehalten habe, bemühte sich der Staatsanwalt noch einmal darum, jede Beweisaufnahme zu unterlassen. Allerdings ohne Erfolg, denn das Gericht beschloß, in die Zeugenvernehmung einzutreten. Frau Jordan schilderte die Art des Überfalls auf den getöteten Arbeiter Herrmann, der absolut nichts getan hatte und in der völlig ruhigen, menschenleeren Straße von zwei Schutzleuten angegriffen wurde. Warenhausbesitzer Preuß wiederholt seine schon in Moabit gemachte Aussage. Als er sich eine in seinem Geschäft eingeschlagene Scheibe ansehen wollte, herrschten ihn die Schutzleute an: „Scher er sich weg!“ Um nicht geschlagen zu werden, ging er seiner Wege. Zeuge hat gesehen, daß harmlose Passanten mit Degenzornern geschlagen wurden. Den getöteten Arbeiter Herrmann hat Zeuge als einen ruhigen, nüchternen Mann gekannt. Eine Reihe anderer Zeugen bekunden, daß auf Passanten geschlagen wurde, die bereits am Boden lagen. Schutzleute haben in einzelnen Fällen die Fensterscheiben der Haustore eingeschlagen. Sie haben ferner die Hausbewohner durch Drohungen gezwungen, die Balkons zu verlassen. Ein Passant, der die Polizei um Schutz bat, wurde verprügelt. Beamte in Zivil haben nach den Häusern geschossen. Rohrleger Senf, der nach dem Schließbeamten suchte, der ihm das Haus auffließen sollte, wurde von der Polizei schwer mißhandelt. Er wurde mit Füßen getreten und dann noch mit einem Gummiknüppel geschlagen. — Als ein Zeuge die Knöpfereien unterer Polizeiorgane schildern wollte, unterbrach ihn der Vorsitzende mit den Worten: „Das sind keine Ausschreitungen der Polizei!“ Auch die übrigen Zeugenaussagen waren für das Verhalten der Polizei außerordentlich bezeichnend. So namentlich, als der Invalide Friedrich Kühl erzählte, wie er, als er den Bahnhof Beufelstraße verließ, von verteilten Schutzleuten zu Boden gestossen und derartig mißhandelt wurde, daß auf der Unfallstation eine Schulterquetschung konstatiert wurde. Der Staatsanwalt behauptete in seinem Plädoyer, daß eine Beleidigung des Polizeipräsidenten beabsichtigt war, weil man die Auslassungen des „Volksblattes“ nicht anders verstehen könne, als daß der Polizeipräsident seine Leute habe animieren wollen, andere Menschen tot-zustechen. Die Berliner Polizeibeamten seien allgemein geachtet. Weil der Angeklagte Haß gegen die staatliche Ordnung habe erregen wollen und dabei den Polizeipräsidenten beleidigt hat, sei eine Gefängnisstrafe von neun Monaten zu verhängen. — In einem großzügigen Plädoyer beleuchtete der Verteidiger des Angeklagten, Dr. Herz-Altona, das Vorgehen der Polizei, gegen das keine Kritik scharf genug sei. Der Angeklagte habe außerdem keineswegs beleidigt, sondern nur eine berechtigte Kritik geübt. Das Urteil lautete, wie bereits mitgeteilt, auf zwei Monate Gefängnis und Urteilspublikation. In der Begründung wurde ausgeführt, daß dem Angeklagten im weitgehendsten Umfange mildernde Umstände zugute gerechnet seien.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Umgebungen“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Unsere Verkaufsräume sind
Sonntag
bis 6 Uhr
geöffnet

HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

LÜBECK

Holstenstr.

Rabatt-Marken
bei jedem Einkauf
von 20 Pfg.
an.

Preiswerte Artikel für den Dienstboten-Wechsel.

Kleiderstoffe

Kleider-Ginghams in neuesten Mustersortiments	m	85	65	u.	48	½
Praktische Hauskleiderstoffe einfarb. u. gemust. Halbtuche u. mel. Cheviots	m	1 ²⁰	95	u.	75	½
Einfarbige Kleiderstoffe reine Wolle, in Kammgarn u. Cheviot . . .	m	2 ⁴⁰	bis	80	½	
Fantasie-Kostümstoffe in moderner Ausmusterung	m	3 ⁵⁰	bis	75	½	
Moderne Bordürenstoffe Foulé, Popeline u. Tuch in gr. Sortiment	m	4 ⁵⁰	bis	1 ³⁵	u.	95
Schottenstoffe für Röcke und Kinderkleider	m	3 ⁷⁵	bis	95	u.	75
Gestreifte Blusenstoffe in Popeline, Cheviot u. flanelart. Stoffen	m	2 ⁵⁰	bis	95	u.	60

Damen-Wäsche

Damen-Hemden mit Spitzen, Stickerei u. Madapolambogen . . .	1 ⁸⁵	1 ⁴⁵	1 ¹⁰
Damen-Hemden mit reich gestickter Madeirapasse	2 ⁵⁰	2 ²⁵	1 ⁹⁵
Damen-Beinkleider mit Languetten, Hohlsaum u. Stickerei-Volant . .	1 ⁹⁰	1 ⁴⁵	1 ¹⁰
Damen-Nachtjacken aus Köper-Barchent mit à-jour-Languetten, Spitzen u. Stickerei . . .	2 ³⁵	1 ⁷⁵	1 ²⁵
Damen-Untertaillen mit Spitzen, Stickerei und Banddurchzug . . .	1 ⁶⁵	1 ²⁵	85
Weisse Unterröcke mit hohem Stickerei- oder Spitzen-Volant mit Banddurchzug	4 ⁵⁰	3 ⁹⁵	2 ²⁵
Herren-Taghemden aus durablem Hemdentuch	2 ¹⁰	1 ⁷⁵	1 ²⁵

Korsette

Mieder-Korsette mit echt Fischbein aus grauem Drell oder Jacquard-Drell	95
Drell-Korsette extra stark, mit Spiral-Einlagen und Spiralschließen . .	1 ²⁵
Langhüftige Korsette grau Drell, mit Strumpfhalter	2 ²⁵
Elegante Satin-Korsette Directoire-Form mit breiter Spitzengarnitur u. doppelt. Seidenbanddurchzug	2 ⁹⁵

Damen-Schürzen

Blaudruck-Wirtschaftsschürzen echtfarbig, extra weit	1 ²⁵
Breite Wirtschaftsschürzen mit Volant, aus unverwüthlichem Gingham	1 ²⁵
Reform- und Kleiderschürzen aus Ia. Gingham	1 ⁴⁵
Blusen- und Miederschürzen aus Ia. Gingham	1 ²⁵
Elegante weisse Zierschürzen mit breiten Stickerei-Trägern	95

EIN POSTEN

Reste und Fabrikabschnitte
Schürzen-Blaudruck
Als
Gelegenheitskauf Stück **95** ½

EIN POSTEN

Imit. Wiener Leinen
für Wirtschaftsschürzen
Besonders
billig Meter **75** ½

EIN POSTEN

Velour-Barchent
für Hauskleider
in neuen Mustern
Besonders
billig Stück **40** ½

EIN POSTEN

Reste und
Abschnitte **Hemdentuche**
stark- und feinfädig
für Leib- und Bettwäsche
Als
Gelegenheitskauf Mtr. **38** u. **24** ½

EIN POSTEN

Landwolle
schwarz und grau
Besonders
billig ½ Pfund **1²⁰** M.

BESONDERS PREISWERT

Servier-Kleider
aus Wiener Leinen imit.
Ausnahmepreis **6⁰⁰** M.

Trikotagen etc.

Herren-Normalhosen alle Größen	1 ⁸⁵	1 ⁶⁵	1 ⁴⁵
Herren-Normalhemden alle Größen, stark wollgemischte Qualität . .	2 ⁴⁵	1 ⁹⁵	1 ⁷⁵
Herren-Futterhosen extra schwere Qualität . .	1 ⁸⁵	1 ³⁵	1 ¹⁰
Herren-Jagdwesten in allen Farben	7 ²⁵	bis	2 ⁹⁵
Herren-Sweater marineblau, glatt und gemustert	6 ⁷⁵	bis	3 ⁴⁵
Knaben-Sweater einfarbig und bunt	5 ²⁵	bis	1 ²⁵
Normal-Reformhosen für Damen und Kinder	1 ⁸⁵	und	95
Blaue Reformhosen in Trikot u. Cheviot, für Damen u. Kinder . .	2 ²⁵	1 ⁷⁵	1 ³⁵
Gestrickte Zephir-Hemden für Damen und Kinder	95	und	35
Gestrickte Damen-Westen neueste Fassons .	8 ⁵⁰	bis	1 ⁹⁵
Bw. Flanell-Unteröcke mit Languetten . . .	2 ⁸⁵	2 ²⁵	1 ⁴⁰
Bw. Flanell-Beinkleider einfarbig und gestreift	1 ⁴⁵	1 ²⁵	90

Strümpfe

Damen-Strümpfe deutschlang, Wolle plattiert	48
Damen-Kaschmir-Strümpfe engl. lang, reine Wolle . .	95
Damen-Ringelstrümpfe reine Wolle, in modernen Farbenstellungen	1 ³⁵
Herren-Schweiss-Socken grau	48
Herren-Strick-Socken Wolle plattiert	55
Herren-Normal-Socken reine Wolle	80

Handschuhe

Damen-Trikothandschuhe schwarz und farbig	48
Damen-Trikothandschuhe Wildleder imitiert, mit 2 Druckknöpfen	55
Eleg. Trikothandschuhe Mocha imit., in allen Farben .	75
Gestrickte Handschuhe in schönen Mustern	75

Schlafdecken

Baumwollene Schlafdecken naturfarbig und gemustert	2 ²⁵	1 ⁴⁵	95
Wollene Schlafdecken in vorzügl. Qualität . .	5 ⁷⁵	4 ¹⁰	3 ⁴⁵
Schlackkörbe doppelt geflochten	3 ⁹⁵	5 ⁹⁵	6 ⁹⁰
Hand- und Reise-Koffer	1 ⁷⁵	2 ⁷⁵	3 ⁵⁰

Lebensmittel enorm billig!

Neu aufgenommen:

Brot und Kuchen
Feinstes hiesiges Gebäck.

Einführungspreise:

Schwarzbrot }
Feinbrot } Stück 95 und **48** ½

Klöben 25 ½
Korinthenbrot 23 ½
Napfkuchen 27 ½

Ia. junge Schnittbohnen
2-Pfund-Dose **29** ½

Ia. junge Erbsen (Gemüse)
2-Pfund-Dose **38** ½

Schweineschmalz, gar. rein	Pfd.	68
Leberwurst u. Blutwurst	Pfd.	55
Land-Leberwurst	Pfd.	65
Hildesheimer Leberwurst	Pfd.	98
Prima Sülze	Pfd.	78 u. 55
Echte Halberst. Würste	Paar	18
Wiener Würstchen	Paar	10
Schinkenspeck	Pfd.	100
Große Landrauch-Wurst	Pfd.	95
Landspeck, fett und mager	Pfd.	85
Gänsechmalz, gar. rein	Pfd.	140
Gänsebrust, geräuch., im ganzen	Pfd.	175

Prima junges Rindfleisch	Pfd.	65
Bratenstücke	Pfd.	75
Schweinefleisch	Pfd.	65
Braten u. Karb. mit Fett	75	
Hammelfleisch	Pfd.	70
Rücken u. Keulen	Pfd.	80
Rind- u. Schweinehack	Pfd.	80
Prima Bratwurst	Pfd.	80

Bienenhonig 1 Pfd. im Glas	98
Zuckerhonig	Pfd. 32
Marmelade	5-Pfd.-Eimer 1.29 M.
Kondens. Milch, ungezuckert	45
Erbsen, grün	Pfd. 23
Erbsen, ungeschält	Pfd. 20
Langbohnen	Pfd. 24
Linsen	Pfd. 23
Weizenmehl	16
Reismehl	Pfd. 16
Makkaroni	Pfd. 40
Nudeln, alle Fassons	Pfd. 38

Prima **Suppenspergel**
2-Pfd.-Dose **62** ½

Gemischtes **Gemüse**
2-Pfd.-Dose **60** ½

Im **Erfrischungsraum**

Kaffee mit Kuchen	15
Schokolade u. Schlagsahne	15
Bouillon mit Pastete	15

Würstchen m. Kartoffelsalat	20
Heringssalat mit Brötchen	20
Sauerfleisch mit Brötchen	20

Grog von Rum, Wein, Arrak	15
Kaiserpunsch	15
Eisbrecher	15

Belegte Brötchen
mit Käse, Wurst, Ei, Braten
Schinken etc. Stück **10** ½

Preussische Wahlrechtspläne.

Unserem Parteiorgan in Frankfurt a. M., der „Volksstimme“, gehen von sehr gut unterrichteter Seite hochbedeutende Mitteilungen über die neueste Geheimgeschichte der preussischen Wahlreform zu. Danach liegt zurzeit schon ein neuer Wahlrechtsreformentwurf fertig vor und zwar ein Entwurf mit mehreren Varianten. Daß man bisher noch nichts über die Pläne der Regierung erfahren hat, liegt daran, daß sie selbst noch schwankt, welcher der verschiedenen Lesarten sie dem Vorzug geben soll.

Der neue Entwurf, der in allen seinen Formen an Volksfeindlichkeit den früheren noch weit hinter sich läßt, ist vor einiger Zeit an sämtliche Landräte und eine Anzahl von Gemeindeverwaltungen gelangt worden, natürlich als strengste Geheimnisse! — damit diese aus ihren Wahlakten feststellen sollen, bei welcher Variante die Sozialdemokratie das schlechteste Geschäft machen würde. Sobald die Zentralregierung die Antworten der Landräte und Gemeinden zusammengestellt hat und daran ermessen kann, welches System sich in seinen Wirkungen auf die Zusammenlegung des preussischen Abgeordnetenhauses am wenigsten von dem heutigen Wahlrecht entfernt, soll der Entwurf dem Landtage unterbreitet werden. In den Anweisungen an die Landräte und Gemeinden ist zwar nicht mit ausdrücklichen Worten dieser Plan erwähnt worden, nicht ausgesprochen worden, daß es der Regierung darauf ankommt, die Erfolgsaussichten der Sozialdemokratie vorher kennen zu lernen, aber dieser Wunsch ist andererseits doch zwischen den Zeilen zu lesen und wird in den Landratsbüros und Gemeindefluren ganz gewiß verstanden werden.

Es verlautet, daß die Regierung an die verschiedenen Bureaus verschiedene Schemata gelangt hat, um zu verhüten, daß bei einer Indiskretion gleich die ganze unerhörte Gemeingefährlichkeit ihrer Pläne an den Tag kommt. Nur soviel sei für heute mitgeteilt, daß Bethmann-Hollweg wieder auf das Ziel des Mehrstimmenrechts unter Aufrechterhaltung der Klasseinteilung lossteuert. Er verfolgt persönlich mit größter Spannung den Wahlausfall in Hessen und hat im vertrauten Kreise geäußert, er hoffe unter Anlehnung an das gescheiterte System eine Wahlreform zu Stande bringen zu können, die unter dem Anschein einer gewissen Liberalität eine sichere „Kontingenzierung“ der sozialdemokratischen Stimmen und Mandate ermögliche.

Diese Aufdeckung volksfeindlicher Pläne wird der Regierung, die ohnehin schon die gewaltige Mehrheit des Volkes gegen sich hat — die letzten Wahlen waren doch wahrhaftig ein deutliches Zeichen! — recht unbequem sein. Aber kein Dementi, mag es auch noch so bestimmt gefaßt sein, schafft die Tatsachen aus der Welt, auf die wir oben hinwiesen.

Die „Frankfurter Volksstimme“ äußert sich zu diesen lichtschleuen Wahlrechtsplänen in folgender zutreffender Weise: „Jedem Versuche, ihn zu einem gerade vom Standpunkte der „staatsbehaltenden“ Politik verstandigen Vorgehen in Sachen der preussischen Wahlrechtsreform zu bewegen, legt der Ministerpräsident die förmliche Bemerkung entgegen, daß er nach dem voraussetzlichen Ausgang der Reichstagswahlen am 12. Januar 1912 die besondere Pflicht zu haben glaube, Preußen vor einer „Radikalisierung“ zu schützen, das heißt, die Vorrechte des Geldtacks im allgemeinen und der Junkerklique im besonderen weiterhin aufrecht zu erhalten.“

Um so sicherer wird der neue Anschlag auf die Volksrechte vereitelt werden, je entschiedener die Wähler am 12. Januar ihrer Meinung Ausdruck geben. Mit dem Beschützer des Brotwuchertarifs, dem Organisator der Präfektenwahlen, mit dem Staatsmann der Volksentscheidung muß am Wahltage Fraktur geredet werden.

Nieder mit der Volksausplünderung, nieder mit den Entrechteten der breiten Massen!

Auf Preußen kommt für die Entwicklung Deutschlands außerordentlich viel an. Wir hoffen, daß die Aufdeckung des gemeinlichlichen Anschlags genügen wird, um unsere preussischen Kampfesbrüder zu den äußersten Anstrengungen zu entflammen.“

Das Reichsgericht und der Boykott.

Unter dieser Rubrik untersucht Professor Dr. W. Risch zu Straßburg i. E. in der Nummer 22 der „Deutschen Juristenzeitung“ die zivilrechtlichen Folgen (Forderung von Schadenersatz) eines Boykotts an Hand der Entscheidungen des VI. Zivilsenats des Reichsgerichts vom 11. Februar 1911. In diesem Falle handelte es sich um den Boykott einer Wirtschaft, deren Pächter von der Gemeindeverwaltung verpflichtet war, seinen Saal zu sozialdemokratischen Versammlungen nicht herzugeben. Professor Risch konstatiert, daß das Reichsgericht zwar den Boykott im allgemeinen nach wie vor als nichts Rechts- und Sittenwidriges anerkenne, doch könne der Boykott durch den Zweck, den er anstrebt, und durch die zu seiner Erreichung angewandten Mittel zu einer gegen die guten Sitten verstößenden Handlung im Sinne des § 826 des B. G. B. werden. Als erlaubte Zwecke hat das Reichsgericht nach den Darlegungen des Verfassers des genannten Artikels vornehmlich anerkannt: die Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, aber auch die Erzielung günstigerer Verkaufs- und Einkaufsbedingungen, die Fernhaltung unzuverlässiger Arbeiter, die Wahrung der Standesinteressen. Als ein berechtigtes

Motiv betrachtet auch das vorliegende Urteil das Interesse der Sozialdemokraten, dem Gebot der Selbstachtung folgend, ihre Partei den bürgerlichen Parteien gleichgestellt und nicht als einzige von der Benutzung eines der Gemeinde gehörigen Lokals ausgeschlossen zu sehen. Professor Risch führt dann aus:

„Wohl aber nimmt das Reichsgericht einen Verstoß gegen die guten Sitten an, wenn die bei einer Aussperrung angewandten Mittel einen Schaden verursachen, der außer Verhältnis zu dem erstrebten Zweck steht, insbesondere (nicht zu einer vorübergehenden bloßen Erschwerung des Erwerbes, sondern) zu einem völligen wirtschaftlichen Ruin oder doch zu einer dauernd schweren Beeinträchtigung seiner Existenzmöglichkeit führen. Ferner wird daran festgehalten, daß öffentliche Kundgebungen (Versammlungen, Flugblätter, Zeitungsartikel) einen an sich berechtigten Boykott zu einer unerlaubten Handlung machen können, wenn sie den Gegner in beschimpfender Weise angreifen oder mittelst Unterdrückung oder Entstellung des wahren Sachverhältnisses die Leidenschaften der Volksklassen aufzuwiegen suchen.“ Das Postenstehen endlich mag zulässig sein, wenn es andringliche Formen annimmt, zu Drohungen gegen Unbeteiligte und Zusammenstoßen mit der Polizei, zu einer erheblichen Belästigung des Publikums oder gar, wie im vorliegenden Fall, zu einer förmlichen Belagerung des boykottierten Lokals führt.“

Aus diesen Grundsätzen folgert Professor Risch folgendes:

„Ob nun aber beim Boykott der verfolgte Zweck oder das angewandte Mittel sittenwidrig ist, hat Bedeutung für seine Folgen. Im ersten Fall ist der Boykott als Ganzes ein gegen die guten Sitten verstößender Vorgang; seine Urheber haften mithin für den ganzen, durch ihn verursachten Schaden. Im 2. Fall dagegen liegt die unerlaubte Handlung gerade nur in der Anwendung des unzulässigen Mittels; demgemäß kann der Urheber auch nur zur Vergütung des Schadens gehalten sein, der gerade auf dieses einzelne Mittel zurückzuführen ist. Noch in einem neuerlichen Urteil hatte das Reichsgericht ausgesprochen, daß der ganze Boykott vermöge der das Strafgesetz und die guten Sitten verletzenden Art seiner Durchführung widerrechtlich geworden sei.“ Im gegenwärtigen Urteil aber wird festgestellt, daß durch den widerrechtlichen Inhalt einzelner Flugblätter und durch das unzulässige Verhalten der aufgestellten Posten noch keineswegs der ganze Boykott sittenwidrig geworden ist. Die Urheber dieser unzulässigen Kampfmittel sollen vielmehr nur für denjenigen Teil des gesamten Boykottschadens haften, der durch den Gebrauch jener Mittel verursacht wurde.“

Wir befürchten, daß die Auffassung mancher Gerichte leicht dahin neigt, einen von Arbeitern inszenierten Boykott als unsittlich zu halten.

Der Kaukrieg.

Bedeutende Meldungen liegen heute nicht vor. Nur der Korrespondent des „Secolo“ meldet aus Tripolis von Mittwoch abend: Verschiedene Anzeichen deuten auf einen neuen Angriff der Türken hin. Sie entwickeln seit dem frühen Morgen eine vermehrte Tätigkeit. Unsere Schiffe eröffneten das Feuer auf eine Dase bei Scharaf. Abends erschien ein türkischer Offizier als Parlamentär und forderte die Italiener zur Übergabe auf. Er wurde mit verbundenen Augen zum Kommandeur geführt, wo ihm eine abschlägige Antwort zuteil wurde.

„Neite“ Perspektiven eröffnet eine Nachricht aus Tripolis über die Tätigkeit der Luftflotte. Der Flieger Cavotti entdeckte am Mittwoch ein türkisches Lager mit 300 Mann bei Ain Zara und ging bis auf 200 Meter nieder. Aus dieser Höhe warf er vier Sprengbomben, die alle mitten unter den Türken explodierten. Die Wirkung war furchtbar. Die Türken stießen laute Schreckensschreie aus und flohen nach allen Richtungen auseinander. So groß war die Bestürzung, daß kein einziger Soldat daran dachte, auf die Flugmaschine zu schießen. Cavotti hatte keine weiteren Bomben bei sich, da er nur einen Versuch geplant hatte. Er flog erst wieder zurück, als die Türken das Lager vollständig geräumt und in Sandhöhlen Zuflucht gesucht hatten. Araber sah Cavotti nicht, wohl aber große Viehherden. Die sieben italienischen Flieger beabsichtigen, den Angriff aus der Luft auf die türkischen Linien zu wiederholen.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Tarifvertrag in der Zigarettenindustrie. Mit der Firma Gebr. Palvaus in Breslau wurde ein Tarif abgeschlossen, der wohl der erste in der deutschen Zigarettenindustrie ist. In dem Betriebe sind außer den Maschinenisten und Labarmischern 500 Arbeiterinnen beschäftigt. Die Lohn-erhöhung beträgt 20 bis 50 Pfennig pro Mille Zigaretten.

Sineingefallene Spiegel. Die Direktion der Omnibusgesellschaft in Berlin ist eifrig bemüht, ihre Angestellten von dem Beitritt zum Transportarbeiterverbande abzuhalten. Um ihr Ziel zu erreichen, läßt sie schon seit längerer Zeit alle vom Transportarbeiterverband für die Omnibusangestellten einberufenen Versammlungen durch ihre Beamten überwachen, die sich die Versammlungsbesucher notieren müssen, um ihre Entfernung aus dem Dienst zu veranlassen. Um den Zweck sicher zu erreichen, werden sogar zuverlässige Angestellte Mitglieder des Verbandes, die dann die Direktion als Spiegel über die Organisationsverhältnisse orientieren sollen. Die Leitung des Transportarbeiterverbandes kennt aber die Spiegel und benützt jede Gelegenheit, um die Direktion irrezuführen. So hatte man kürzlich zum Schein eine Versammlung nach dem Gewerkschaftshause einberufen. Die eigentliche Versammlung, zu der vertraulich eingeladen worden war, fand aber in der Waldstrasse statt. Der Zweck wurde erreicht, denn vor dem Eingang des Gewerkschaftshauses warteten über zwanzig Aufsichtsbere-

amte der Omnibusgesellschaft, um die Versammlungsbesucher festzufassen. Im Gewerkschaftshause selbst waren etwa 30 Personen anwesend. Unter den Besuchern bemerkten die Organisationsleiter auch einen Herrn in der Uniform eines Autobuschauffeurlehrlings, dessen Außeres nicht den Eindruck eines Omnibusführers machte. Die Uniform noch nach Kampfer, war also frisch aus der Befleddungskammer gekommen; am auffälligsten war aber der Umstand, daß der Versammlungsbesucher einen Schirm mitgebracht hatte, ein Instrument, dessen Gebrauch bei wirklichen Chauffeuren ebenso wie bei Soldaten verpönt ist. Schließlich entpuppte sich der Chauffeurlehrling als der stellvertretende Direktor der Omnibusgesellschaft, Schulz, der zugab, die Verfleddung gewählt zu haben, um einmal selbst eine Versammlung des von ihm bekämpften Transportarbeiterverbandes mitmachen zu können. Natürlich war die ganze nun folgende Verhandlung eine Komödie; stundenlang mußten die Aufpaffer auf der kalten Straße stehen und warten und schließlich unrichtiger Dinge wieder abziehen. Unterdessen konnten in der Waldstrasse die Besprechungen in aller Ruhe zu Ende geführt werden. Hoffentlich läßt sich die Direktion diese eskalante Niederlage eine Lehre sein. Arbeiterorganisationen lassen sich auf die Dauer nicht unterdrücken.

Erfurter Streikjustiz. Wegen sogenannter Streikvergehen werden fortgesetzt von den Erfurter Gerichten geradezu erschreckend hohe Gefängnisstrafen ausgesprochen. Am Dienstag fanden wieder drei Arbeiter vor der Strafkammer, die während der letzten Metallarbeiter-Aussperrung mit Arbeitswilligen in Differenzen geraten waren, die zu geringfügigen Tätlichkeiten führten. Keiner der beiden in Betracht kommenden Arbeitswilligen hat wegen der unerheblichen Verletzungen auch nur eine Stunde Arbeitszeit versäumen müssen. Trotzdem wurden zwei noch völlig unbescholtene Angeklagte zu fünf Monaten drei Wochen bzw. sechs Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl der Staatsanwalt selbst nur drei Monate beantragt hatte. Der dritte, erst 18 Jahre alte Angeklagte, erhielt zwei Monate bzw. Wochen Gefängnis; der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt. Zu diesem Urteil bemerkte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Siebert begründend, daß die Verurteilungen in solchen Fällen darum recht scharf sein müssen, um die Freiheit der Arbeit zu schützen. Die Arbeitswilligen hätten einen höheren Anspruch auf staatlichen Schutz, weil sie sich nicht an derartigen mit Ausschreitungen verbundenen Arbeitsniederlegungen beteiligten.

Zur Lohnbewegung der Gasarbeiter in Cöthen in Anhalt. Durch das Ultimatum, das die Arbeiter der Generaldirektion in Magdeburg gestellt haben, bis Donnerstag, den 2. November an die Organisationsleitung in Magdeburg ihren Weichsel mitzuteilen, ist die Bewegung in ein anderes Stadium getreten. Hatte bisher der Betriebsleiter im Verein mit dem ersten Buchhalter versucht, den Arbeitern im Guten zuzureden, doch die Zugeständnisse der Verwaltung anzunehmen, so setzte nun eine andere Taktik ein. Man wollte durchaus einen Kaderführer haben, um an diesem ein Exempel zu statuieren. Dies scheiterte an der Geschlossenheit der Beschäftigten. Am Montag wurden einzelnen Arbeitern weitere Zugeständnisse gemacht, die annähernd die Grenze des Geforderten erreichten. Die Arbeiter wurden einzeln ins Bureau beordert, um sie zu bewegen, diesem weiteren Entgegenkommen ihre Zustimmung zu geben. Auch dieses wurde abgelehnt. Die Beweggründe dazu gaben ihnen die jahrelangen Erfahrungen mit der Cöthener Verwaltung. Bisher hat man es verstanden, die Arbeiter mit Versprechungen abzuführen. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn die Beteiligten auf eine tarifliche Festlegung bestehen, denn nur diese bietet ihnen die Gewähr, daß auch die zugestandenen Löhne eingehalten werden. Die Forderungen sind so minimale, daß sie bei einigermaßen gutem Willen der Verwaltungen auch erfüllt werden können. So wurde ein Wochenlohn für Installateure von 24—30 Mk., für erste Feuerleute (Schichtführer) von 25 Mk., für Feuerleute von 24 Mk., für Einkäufer von 22,50 Mk., für Kohlenfabrer von 24 Mk. und für Hofarbeiter von 21 Mk. beantragt. In Anbetracht der Teuerung fürwahr bescheidenen Forderungen. Da die Gesellschaft außer in Cöthen noch in Calbe, Döben bei Merseburg, Giesleben, Regis a. d. S., Langenbielau, Lemgo, Mittenwalde, Oldesloe, Prenzlau, Reichenbach i. Schl., Rheinsberg, Uelzen und Werder Anstalten unterhält, so wird ersucht, allerort den Zuzug fernzuhalten.

Neue Gefahren für die Arbeiter in der Papierindustrie. Mitte Oktober gründeten in Dortmund Vertreter der Buchbinder-Jnnungen von Bochum, Dortmund, Buer in Westf., Gelsenkirchen, Siegen und Witten einen Verband der Buchbinder-Jnnungen und Vereinigungen Westfalens. Als Zweck des engeren Zusammenchlusses wurde angegeben: Die Wahrnehmung der Rechte und Interessen des Buchgewerbes. Die konstituierende Versammlung findet im Januar statt. Größere Beachtung als dieser Zusammenschluß der schon bestehenden Vereinigungen erfordert die Neugründung des Vereins deutscher Papierfabrikanten, die jetzt in Dresden vollzogen wurde. Ein erheblicher Teil der Unternehmer dieser Industrie ist in dem Zentralverband der Kartonnagefabrikanten Deutschlands zusammengeschlossen, der zu denjenigen Unternehmervereinigungen gehört, die den Unternehmerterrorisnius in der ausgeprägtesten Form pflegen. Durch die schonungslose Handhabung der Materialperre hat dieser Verband schon so manchen Außenseiter firre gemacht. Und das, trotzdem die Materiallieferanten, eben jene Pappfabrikanten, nicht einheitlich organisiert waren. Die jetzt erfolgte Gründung eines das ganze Reich umfassenden Pappfabrikantenverbandes wird daher vom offiziellen Organ der Kartonnagefabrikanten resp. vom Geschäftsführer ihres Verbandes mit Freuden begrüßt. Mag nun bei der Materialperre auch die bringend notwendige Befämpfung der Schmuckkonkurrenz in der Kartonnage-Industrie eine gewisse Rolle spielen, in erster Linie richtet der Zentralverband der Kartonnagefabrikanten seine Tätigkeit gegen die Arbeiter des Berufs. Mit sicherem Blick weiß er aus der erfolgten Neugründung sofort seinen Nutzen zu ziehen, indem er mit Hilfe der Pappfabrikanten durch erweiterter und vor allem systematisch angewandte Materialperre die Lohnkämpfe der Arbeiter erschweren wird. Neben der Materialperre faßt der Verband der Kartonnagefabrikanten bereits den Abschluß von Preistarifen mit den Pappfabrikanten ins Auge. Dabei ist eins zu beachten: Der Zentralverband der Kartonnagefabrikanten verweigert den Arbeitern dieser Industrie das ihr gesetzlich zustehende Koalitionsrecht. Sein Vorsitzender erklärte im Verbands-

Aus Nah und Fern.

Organ: „Mit Freuden sehe ich der fortschreitenden Entwicklung der Organisation der Kartonnagenfabrikanten entgegen und werde ich mein ganzes „Ich“ daran setzen und daran mitarbeiten, meine Kollegen soweit zu bringen, daß sie kein Mitglied des Buchbinderverbandes mehr in ihren Fabrikräumen beschäftigen.“ Selbstverständlich ist dieser Zentralverband auch ein absoluter Gegner von Tarifverträgen. Die fortschreitende Organisation der Arbeiter des Berufs aber wird seinen Zielen Schranken setzen. Vor wenigen Tagen erst berichteten wir von der auf 30 000 Köpfe gestiegenen Mitgliederzahl des Buchbinder-Verbandes. Ein hoher Prozentsatz sind Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen. In dem Aufruf des Buchbinderverbandes tragen diese in besonderer Weise bei. Schon ist es dem Buchbinderverband möglich gewesen, trotz der grimmigsten Tariffeindschaft des Kartonnagenfabrikantenverbandes für einige Tausend Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen tarifmäßige Vereinbarungen zu treffen. Erst in der letzten Woche wurde in der Kartonnagenstadt Chemnitz ein mehrere hundert Personen umfassender Vertrag abgeschlossen. Doch liegt es an den Kartonnagenarbeitern und -arbeiterinnen selbst, durch Stärkung der Organisation alle Gefahren, die im engen Zusammenschluß der Unternehmer liegen, auszuschließen. Auch die in Kartonnagenbetrieben tätigen Frauen und Töchter von Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern müssen im Buchbinderverband organisiert sein.

Das Zuchthaus als Beruhigungsmittel.

„Sperrt sie ein“ war noch immer das große Wort, welches kleine Geister gelassen aussprechen, wenn ihnen irgend etwas an anderen unangenehm wurde. Das ist eine altbekannte Sache, warum soll sie nicht auch Heydebrand besgriffen haben.

Wer hat eigentlich schon alles die alleinseligmachende Melodie vom Zuchthause gesungen, gesprochen und geschimpft?

Am 17. Juni 1897 leitete Wilhelm II. die Kampagne gegen die ihr Recht im Kampfe suchenden Arbeiter mit den folgenden Worten ein: „... Ausföhrung meines Programms: Schutz der nationalen Arbeit aller produktiven Stände, Kräftigung eines gesunden Mittelstandes, rückwärtslose Niederwerfung jedes Umsturzes, und die schwerste Strafe dem, der sich untersteht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern.“

Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß damals schon die Erfahrungen des Sozialistengesetzes gesammelt worden waren. Die wirkliche Erkenntnis daraus ist allerdings erst viel später gekommen. Der Ritter von Frauenhofer, Minister für bayerische Verkehrsangelegenheiten hat sie in der Kammer der bayerischen Reichsräte am 12. Juni 1910 in Worte gefaßt, als er sagte: „Ich möchte auch noch darauf hinweisen, daß die Meinung, als ob durch solche Maßregeln (Unterdrückungsmaßregeln) die Sozialdemokratie ausgerottet werden könnte, sich widerlegt durch die Geschichte aller Zeiten und aller Völker. Der größte Staatsmann des vergangenen Jahrhunderts, Fürst Bismarck, hat — wie jetzt wohl allgemein angenommen wird — mit dem Sozialistengesetz einen Fehler gemacht. Die Wirkung war die, daß die Sozialdemokratie sich konsolidiert hat, und heute würde Fürst Bismarck — davon bin ich überzeugt — das Sozialistengesetz nicht mehr ins Auge fassen.“

Wohl gemerkt, die Erkenntnis hatte man damals noch nicht, und deswegen jubelte z. B. der Zentralverband deutscher Industrieller, der ja zur Zuchthauspropaganda allein 12 000 Mark hergegeben hatte, also: „... der Entwurf gibt eine geeignete Grundlage für den Versuch einer gezielten Regelung.“

Dann kam wieder Wilhelm II., der in Dognhausen am 6. September 1893 sagte: „Das Gesetz nahet sich seiner Vollendung und wird den Volksvertretern in diesem Jahre zugehen, worin jeder, er möge sein, wer er will, und heißen, wie er will, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll.“

Das preussische Herrenhaus — es paßt dazu — nahm einen besonders eingehenden Antrag Mirbach an, in dem es eine Befriedigung darüber ausdrückt, daß der Entwurf gekommen ist, und hofft, daß die königliche Staatsregierung unentwegt an dem im Gesetzentwurf eingenommenen Standpunkt festhalten wird.

Seit jenen 17 Jahren, da der Abgeordnete Richter im Reichstage noch treffend erklären konnte: hier sind auf die Initiative von Linksrüchen hin gleich Gesetze gemacht worden, bis zum heutigen Tage hat sich vieles geändert. Zuchthausstrafurteile sind nicht wieder vorgekommen, und wären sie es doch, so würden sie noch energischer zurückgewiesen worden sein, als vor rund einem Duzend Jahren.

Am 19. Januar 1909 war Bethmann-Hollweg schon auf dem Ton angelangt wo nur noch von der ewigen Notwendigkeit der ersten Schutzmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie zu sprechen geblieben wird. Daß angesichts der wachsenden Polizeiarolle Maschinenengewehre an die Stelle der Peitschstriche gewünscht wurden und Hans Oldenburg aus Hannover „auf die Sänen“ idrie, ist so ziemlich bedeutungslos, und daß nun auch der Herr Heydebrand wieder einmal nach einem schönen Zuchthausgehege schreit, na, wir wollen erst mal die Wahlen abwarten, und dann kann auch darüber weiter geredet werden!

Die billigen Kartoffeln des Herrn v. Schorlemer. Gerechtigkeit der Feuerungsdebatten im Reichstage ist von den Agrariern und den mit ihnen verknüpften Regierungsvertretern dreist und gottesfürchtig behauptet worden, daß eine Feuerung nicht vorhanden sei. Wo ein Anzeichen der Lebensmittelpreise zu bemerken wäre, sei an den erhöhten Preisen nur das „Feuerungsgeschrei“ schuld. Und Herr v. Schorlemer ging in seinem Bestreben, das agrarische Kapitel zu retten, sogar so weit, daß er, wie immer bei agrarischen Debatten, die Schuld auf die Händler abwälzte. Sie seien es, die für die erhöhten Preise verantwortlich gemacht werden müßten. Daß Herr v. Schorlemer in seiner Beweisführung für die Engelschuld unserer Großagrarien das Malheur passierte, die Preise für Zentner und Doppelzentner zu verwechseln, geniert einen preussischen Landwirtschaftsminister natürlich nicht. Jedenfalls aber, so behauptete er, sei die Kartoffelernte sehr gut ausgefallen; die Produzenten erhielten gar keine erhöhten Preise für Kartoffeln. Wie wenig das mit der Wirklichkeit übereinstimmt, zeigen folgende Inzerate aus der Nr. 298 des „Leipziger Tageblatts“:

Bläbrote Kartoffeln, wohlknechtend und mehlig, liefert frei Haus a Zentner 6 Mk. Rittergut Grassdorf bei Zaucha. Telefon Zaucha 366.

Rittergut Gassow liefert Ende d. M. frei Haus, Leipzig prima Speisekartoffeln: Schneeglöckchen per Zentner 6 Mk., No to daie per Zentner 5 Mk., Rote per Zentner 4,24 Mk. Proben werden nicht versandt.

Vielleicht haben die Regierungsvertreter ihre Kenntnis über die gute Ernte auf ihren eigenen Gütern erworben. Bei den Fähigkeiten der Herren Bethmann Hollweg und Schorlemer ist das Wachstum großer Kartoffeln ja auch kein Wunder.

Eine Kulturtat. Gestern morgen fand auf dem Hofe des Gefängnisses in Rößensee die Enthauptung des 26jährigen Arbeiters Albert Hauptmann durch den Scharfrichter Gröbler aus Magdeburg statt. Hauptmann hatte am 29. Januar die Arbeiterfrau Karoline Gorgolowski in der Nähe des Dorfes Staube ermordet und betrauert.

Aus Versehen erschossen. Als der Schutzmann Heine mann in Bernburg mit dem Reinigen eines Gewehrs beschäftigt war, entlud es sich plötzlich. Die Kugel traf seine Frau in den Kopf; der Tod trat sofort ein.

Ein ganzes Dorf abgebrannt. Wie aus Strzeloo im Gouvernement Radomsk gemeldet wird, ist nahezu das ganze Dorf abgebrannt. 12 Kinder fanden dabei den Flammentod, zirka 20 Personen sind verbrannt.

Überschwemmungen in Algerien. Die Überschwemmungen haben in der Ebene von Mitidja große Verheerungen angerichtet. Ein Steinmehllager mit 43 Personen ist vom Boden verschwunden. In Maisonarree wurden elf Leichen geborgen. Eine Herde von 200 Kindern ist hinweggeschwemmt worden.

Unwetter auf Sardinien. Ein furchtbarer Cyclon verbunden mit einem heftigen Gewitter ging am Mittwoch über ganz Sardinien nieder. Besonders schwer hatte die Provinz Cagliari unter dem Unwetter zu leiden. Wie stark der Orkan war, geht daraus hervor, daß ein vollbesetzter Personenzug in der Nähe von der Stadt Cagliari umgeworfen wurde, wobei zahlreiche Reisende nicht unbedenkliche Verletzungen erlitten. Zahlreiche Häuser wurden durch den Sturm abgedeckt und zum Einsturz gebracht. Der Verkehr in den Straßen Cagliari's ruht vollkommen, da diese vollständig unter Wasser stehen. Alle Verbindungen mit der Stadt sind unterbrochen. In der Nähe der Küste scheiterten zwei französische Segler. Die Besatzung des einen Bootes konnte gerettet werden, während über den Verbleib der anderen noch nichts bekannt ist.

Schiffskollision bei Kap Sangoc. In der Nähe von Kap Sangoc hat das nowegische Schiff „Wistha“ aus Gester Risoer Schiffbruch erlitten. 5 Leichen sind an das Ufer geschwemmt worden. Nach einem ebenfalls an das Ufer geworfenen Brett mit der Aufschrift „Susanna Bremen“ vermutet man, daß sich ein Zusammenstoß ereignet hat.

Genossenschaftsbewegung.

Frachtermäßigung und Konsumvereine. Für Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Feld- und Gartenfrüchte sowie Futtermittel sind bekanntlich auf den deutschen Eisenbahnen Tarifermäßigungen eingeführt worden, um auf diese Weise der Teuerung etwas vorzubeugen. Diese Tarifermäßigungen betragen 50 Prozent; doch ist für Gemeinden, soweit sie zu Selbstkostenpreisen verkaufen, und ebenso für gewerbliche Unternehmer eine weitere Ermäßigung von 15 Prozent vorgesehen. Dieselbe Vergünstigung erhalten auch gemeinnützige Organisationen, soweit sie zu Selbstkosten verkaufen. Die Konsumvereine sind jedoch in ganz Deutschland von dieser Vergünstigung ausgeschlossen. Die Bestimmungen über die Frachtermäßigungen wurden zunächst von den preussischen, oldenburgischen und den Reichsbahnen vereinbart, die die Konsumvereine ausschlossen. Die andern Staatsbahnen haben dann einfach diesen preussischen Entwurf akzeptiert, so daß auch hier die Konsumvereine den Sonderabatt von 15 Proz. nicht erhalten. Es ist also, obwohl von allen Kreisen während der gegenwärtigen Teuerung die Be-

deutung der Konsumvereine anerkannt wird, in ganz Deutschland für diese auf dem Gebiete der Eisenbahntarife ein Ausnahmerecht konstituiert worden. Dieses Ausnahmerecht ist um so unverständlicher, als den Konsumantalk. der Sonderfrachtnachlaß glatt gewährt wird. Der Verband bayerischer Konsumvereine hat sich deshalb bereits an das Tarifamt der bayerischen Staatsbahn gewandt, das jedoch ablehnend antwortete. Es hat dann weiter im bayerischen Landtage der Abgeordnete Simon auf diese Ungerechtigkeit hingewiesen. Darauf hat der Minister folgendes geantwortet:

Unter gemeinnützigen Organisationen sind im vorliegenden Falle doch wohl Vereine und Verbände mehr karitativen Charakters zu verstehen, wie Volkshäuser, nicht aber Erwerbsgenossenschaften. Die Konsumvereine wird man immer zu den Erwerbsgenossenschaften zu rechnen haben, denn sie wollen einen Geschäftsgewinn erzielen. Würde man diese Nachlässe den Konsumvereinen zugeitehen, so könnte man es bei diesem Schritte nicht bewenden lassen, denn die kleineren und mittleren Gewerbebetriebe, die sich durch die Konsumvereine ohnehin in ihrer Tätigkeit sehr beeinträchtigt fühlen, würden mit Recht verlangen, daß auch ihnen diese Frachtnachlässe zugestanden werden; aber auch da könnte man nicht stehen bleiben, man würde auch den größeren und Großbetrieben die Ermäßigung nicht versagen dürfen, weil eine scharfe Abgrenzungslinie zwischen dem Umfange der Betriebe unmöglich gezogen werden kann. Eine solche Verallgemeinerung des erhöhten Nachlasses würde aber dem Zweck, ein wirklich gemeinnütziges Vorgehen anzuregen und zu fördern, nicht entsprechen. Der Allgemeine 50prozentige Frachtnachlaß für Kartoffeln, Gemüse und Seefische ist auch den Konsumvereinen nicht versagt.

Man muß wirklich erstaunen, daß eine so wichtige Frage so oberflächlich behandelt wird. Zunächst einmal sind die Konsumvereine selbstverständlich keine Erwerbsgenossenschaften. Der Minister begründet das damit, sie wollten einen Geschäftsgewinn erzielen. Nun weiß aber jeder Anfänger in der Konsumvereinsbewegung, daß von einem Gewinne bei ihnen nicht die Rede sein kann, denn da die Konsumvereine nicht an Mitglieder verkaufen, sondern nur zur Versorgung des Haushalts der Mitglieder errichtet sind, kann hier ebensowenig ein Gewinn erzielt werden, als wenn zwei Familien ihr Mittagessen gemeinsam in derselben Küche herstellen. Das Geschrei der Mittelständler, daß man die Konsumvereine steuerlich schwer fassen könnte, da sie es in der Hand hätten, durch niedrige Preise diesen Gewinn verschwinden zu lassen, zeigt ja am besten, daß es sich hier nicht um einen Gewinn handelt, sondern um einen Überschuß, der aus betriebstechnischen Gründen erzielt wird, der aber kein wesentliches Merkmal des Konsumvereins ist, während beim Handel fast sämtliche Nationalökonomien die Absicht, Gewinn zu erzielen, in der Definition die größte Rolle spielen lassen. Völlig unverständlich ist es, daß der Minister meint, wenn man den Konsumverein die Frachtermäßigung bewilligt, müsse man sie auch den Kleingewerbetreibenden bewilligen. Sobald der Konsumverein zum Selbstkostenpreis abgibt, steht er durchaus den Gemeinden gleich, denen man die Ermäßigung standlos gewährt. Im übrigen soll der Minister erst einmal den Händler oder Gewerbebetriebe zeigen, der bereit wäre, zum Selbstkostenpreis zu verkaufen. Die einzigen, die das täten, wären doch sicher die Warenhändler, die bereits längst aus Kellameriechten sich in ihren Lebensmittelaufteilungen mit beiderseitigen Nutzen begnügen. Die Benachteiligung der Konsumvereine bei dieser neuen Frachtermäßigung ist völlig gleich zu achten der Ausnahmesteuerung, die so vielfach beliebt ist, und verdient deshalb lebhaftesten Protest.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 5. Heft des 80. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Parteitag von Modena, Von Oda Olberg. — Einfuhrscheine. Von R. Kautsky. — Das englische Parteiensystem und die Arbeiterpartei. Von J. Sachs (London). — Der ärztliche Antimodernismus. Von Dr. Karl Gumpert (Berlin-Wilmersdorf). — Literarisches Rundschau: Bertha Siemering, Arbeiterbildungswesen in Wien und Berlin. Von Heinrich Schulz. Wiener Arbeiter aus dem Gebiete der sozialen Medizin. Von Lipschütz. Otto Hübler, Geographisch-statistische Tabellen aller Länder der Erde. Von K. — Notizen: Die konsumgenossenschaftliche Brotproduktion. Von H. Lanke, Hamburg. Katholizismus und Kapitalismus. Von G. E.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten.

S. C. Wenn ein junger Mann beim Militär verunglückt, dann hat er Anspruch auf Rente. Er kann eventuell einen bedingten Zivildienstschein erhalten; Anspruch hierauf hat er aber nicht. Über die Erteilung dieses Scheines wird von Fall zu Fall entschieden.

Zwei Streitende. Der Mieter kann dem Vermieter den Zutritt zu der gekündigten Wohnung während der Besichtigungszeit — 3 Stunden am Tage, ausgenommen Sonntags — nicht verweigern.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



Das sind die

beliebten Margarine-Marken, die allgemein befriedigen und überall gelobt werden:

Siegerin

-Margarine, wie allerfeinste Molkereibutter in jeder Verwendungsart.

Mohra

-Margarine, ein Landbutter -Ersatz ohne gleichen.

Palmafo

feinste Pflanzenbutter-Margarine, einzig haltbare Nußbutter.

Alleinige Fabrikanten: **A. L. MOHR, G. m. b. H., BAHRENFELD.**

1 Wohnung zum 1. Januar zu vermieten. **Artenkamp 3.**

Moderner blauer Winterhut u. **Winter-Jacke**, für 12jähr. Mädchen zu verkaufen. **Blomstraße 17.**

Baugelcher Speise-Eisig ist anerkannt der beste.

Zwei guterhaltene **Fahrräder** hat zu verkaufen **A. Hanke, Solganstraße 13, L. Preis 30 Mk.**

Donnerstag nachmittag entschließte sich nach kurzer schwerer Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Schwester und Schwieger-tochter
Luise Bredberg
geb. Alwart
im Alter von 28 Jahren, tief betrauert von den Ihrigen.
Johannes Bredberg
und Familie.
Glockengießerei-Str. 56.
Die Trauerfeier findet am Montag, dem 6. November, nachmittags 3/4 Uhr, in der Kapelle Vorwerk statt.

Zentralverband der Zivilmusiker Nachruf.

Am 30. Okt. starb unser Mitglied **Heinrich Jäde sen.**
Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

Dankagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die zahlreichen Kranzspenden, insbesondere aber dem Sozialdemokratischen Verein und dem Arbeiter-Turnverein für ihre starke Beteiligung und Kranzspenden beim Heimgang meiner lieben Entschlafenen sagen auf diesem Wege ihren herzlichsten Dank.
Secereß, den 1. Novbr. 1911.
Emil Cordts und Familie.

Arbeiterinnen

gesucht.
August Schumacher
Ernestinenstraße 3.

Sonnabend und Sonntag stehen **Ferkel z. Verk.**
Krögers Gasthof, Schwartau.

Sonnab. u. Sonnt. sind schöne Ferkel und Zügel bill. zu verkaufen.
„Gasthof zur Linde“ Schlutup.

Käse!
Feinster Schweizer . . . 85 Pf.
Feiner Tilsiter 40, 50, 75 Pf.
Reife echte Limburger 60 Pf.
Kleiner Kauf vom Engros-Lager
Fleischhauerstraße 48.

„Zur Hansa“
Rüchstraße 21.
Tätlich von 12-3 Uhr.

Gr. Bürgerl. Mittagstisch
nach der Karte a Person 65 Pf.
— Abonnement: Ermäßigung.
Abendmahl von 6 Uhr an
40 und 50 Pf.

Kohlwurst
Leberwurst | Stück
Brotwurst | 10 Pf.
Jeden Sonnabend:
heißer Knackwurst

H. Viereck, Huxstr. 96
Schweinefleisch
Pfund 50 und 60 Pf.
Geräuch. fetten u. durchwachsenen
Speck
Pfund 65 Pf.

Bestes Schmalz . . . 80
Schweinebratenstücke . . . 65
Karbonade mit Fett . . . 65
14 Markthallenstand 14.

Achtung!
Prime.
Sonnabend, den 4. November, nachmittags 4 Uhr verkaufe ich von einem auf dem Schlachthof geschlachteten jungen Rinde, prima Rindfleisch, Pfund 55 Pf.
Paul Stapelfeldt, Stockelsdorf, Billia!

heute u. folg. Tage noch
fett. Hammelfleisch 60 Pf.
Keule 70 Pf.
fernfettes Rindfleisch 65 Pf.
Fritz Möller
Watenitzmauer 86, b. d. Gr. Goppelar.

E. Boy, Köningstr. 61, F. 1811.
Wartthallstr. 46.
Samb. Stint, Schellfische, Cablian, Schollen, Karpfungen, Fischkarbonade, Dorsch, Lebende holländische Karpfen.

Die Arbeitsgarderoben
von
Bahr & Umlandt
— Breite Straße 31 —
sind anerkannt preisw. u. haltbar.
Zwirnshosen . . . 1.40 bis 3.50
Bilothosen . . . 2.50 bis 5.50
Maurerhosen . . . 2.90 bis 7.50
Gen. Cordhosen 4.00 bis 9.50
Schlosseranzüge 2.80 bis 5.00
Klapp- u. Bauchhosen in allen Qualitäten.
Trotz der billigen Preise rote Lubecamarken.

Weckuhren von 2.50 Mk. an.
Willi Westfeling
Uhrmacher und Juwelier,
32 Holststr. 32.

Ein Posten dunkle **Herren-Winterpaletots**
Wert bis 24 Mk.
jetzt Stück **12 Mark.**
F. Jürgensen,
Ecke Schwartauer u. Fackenbg. Allee.

Käselager
Huxstr. 83/85.
Eine große Partie
Tilsiter Fettkäse
Pfund 40, 50, 60 Pf.
Eine große Partie
Schweizer Käse
Pfund 40, 50, 60, 70 Pf.
Limburger u. Romatour
3 Stück 40 Pf.
Trotz dieser billigen Preise geben wir 5% Rabatt.

Empfehle diese Woche:
Pa. fettes Rindf. Pf. 70 Pf.
„ fernfett. Rindf. Pf. 65-70 „
„ Schmorbraten Pf. 75 Pf.
„ Roastbeef m. Filet „ 80 „
„ Scheiben-Beefsteak „ 120 „
„ Gulasch u. Gehacktes „ 80 „
„ jg. Hammelfleisch „ 70 „
„ Hammelfleisch Pf. 75-80 „
„ Kalbfleisch 60, Keule 70 „
„ Schweinebraten Pf. 70 „
„ Rindfleisch Pf. 75 „
Alles hiesige Schlachthofware.

Hermann Atmer
Schlachterei
Königstraße 48b.

Empfehle diese Woche:
Prima junges fernfettes Rindfleisch Pf. 65 Pf.
Bratenstücke Pf. 70 u. 80
Beefsteak Pf. 1.10 Mk.
Filet „ 1.30 „
Roastbeef „ 90 Pf.
Kollfleisch „ 90 „
Gulasch u. Gehacktes „ 80 „
Hammelfleisch „ 70 „
Keulen „ 80 „
Schweinefleisch „ 70 „
Kalbfleisch „ 60 „
Keulen „ 70 „

Paul Boldt
Schlachterei
Wahmstr. 22. Fernruf 2133.

Empfehle:
Prima junges fernf. Fleisch
sowie schöne Blumen, schöne Bratenstücke, ff. Suppenfl., Rauchfleisch, ger. Mettwurst, fr. Leberwurst, gef. Mettwurst, Mortadella,
jed. Sonnab.: warm. Keul.
und von 5 Uhr an
heißer Knackwurst.
H. Bihow, Krähenstr. 15.

Empfehle meiner wertigen Rundschaff
ff. Bratenstücke
fettes Suppenfleisch, mürbes Beefsteak, gebratenes Kollfleisch und Rauchfleisch, Sonnabend: Heißer Knackwurst.
J. Lübker
Friedenstraße 42.

Gebrüder Barg
Kohlmarkt 5. Fernsprecher 1739.
1. Stock: Grosses Spezial-Lager
in fertigen
Herren- und Knaben-Garderoben.
Durch Einführung von Neuheiten bedeutende Vergrößerungen in der Auswahl.
Herren-Anzüge
15, 20, 30, 50 Mk. usw.
Herren- und Jünglings-Anzüge
blau Cheviot, in ein- und zweireihiger Form
12, 18, 22, 29, 35 Mk. usw.
Herren-Anzüge
zweireihiger Gehrock
39, 47, 55, 59 Mk. usw.
Jünglings-Anzüge
in den modernsten Formen
25, 35, 45 Mk. usw.
Herbst- und Winter-Paletots
16, 25, 35 Mk. usw.
Buckskin- und gestr. Kammgarn-Herren-Beinkleider
4.50, 6.75, 12, 15 Mk. usw.
Herren- und Jünglings-Buckskin-, Cheviot- und Kammgarn-Jackets, Loden-Joppen, Loden-Pelerinen
in allen Größen und Preislagen.
Knaben-Anzüge
Knaben-Blusen, -Beinkleider, -Pyjacks,
ferner **Höschchen** mit und ohne Leibchen
in großer Auswahl.
Rote Rabattmarken oder 4 Prozent in bar.
Sonntag, den 5. November, bis 6 Uhr geöffnet.

Wir empfehlen zu äußerst billigen Preisen:
Fertige Betten, Bettstellen, Matratzen

Bett I Gute Federn und Inletts 22.50 Mk.	Bett II Bessere Federn und Inletts 27.50 Mk.	Bett III Ia. Federn und Inletts 35.00 Mk.
---	---	--

Eiserne Bettstellen Holz-Bettstellen Matratzen m. Keil
von 4.80 Mk. an von 11.00 Mk. an von 4.50 Mk. an
Prima staubfreie Federn
Pfund 45 60 75 Pf. 1.00 1.35 2.00 2.60 bis 4.00 Mk.
Prima federdichte Inletts
Meter 50 75 Pf. 1.00 1.35 1.70 2.20 bis 3.50 Mk.
Nähen der Inletts gratis.
Trotz dieser billigen Preise rote Lubeca-Marken.

Bahr & Umlandt, Breite-Straße 31.

Pa. frische Karbonade (Raden) pr. Pf. 75 Pf.
Schweinefleisch, Bratenst. 65 Pf. | Scheibenbeefsteak 110 Pf.
Frische Blumen 80 Pf. | Kollfleisch 90 Pf.
Schmalz, v. Abn. v. 4 Pf. 65 Pf. | Ma. Speck b. Abn. v. 4 Pf. 75 Pf.
Kalbfleisch von 60 Pf. an. | Ger. Schweinebraten 65 Pf.
Diese Woche besonders bevorzugt v. 2-3 Pf. 60 Pf.
fett. Speck, geräuch., fern. Stücke per Pfund
Bratenschmalz Pf. 40 Pf.
M. Lahrtz, Böttcherstraße 16.

Backobst gemischt . . . Pf. 50 Pf.	Meiereibutter . . . Pf. 140 Pf.
Getr. Pflaumen Pf. 28 u. 33	Weißes Schmalz . . . 65 „
Ringäpfel . . . Pf. 55 „	Schmalz in Blasen . . . 75 „
Pflirsche . . . 65 „	Kokosnussbutter . . . 60 „
Aprikosen . . . 90 „	Speck, fett u. mager . . . 85 „
Brünnen . . . 90 „	Rauchstücke . . . 95 „
Saure Kirschen . . . 60 „	8 Eier . . . 60 „
Fliederbeeren . . . 60 „	Große Salzgurken Stück 9
Blecken . . . 25 „	2 Pf. Zwiebeln . . . 25 „
Feigen . . . 24 „	Kochbirnen . . . 10 Pf. 95 „
Schokolade . . . Pf. 60 u. 70	Daueräpfel . . . 10 „ 180 „
Kakao . . . 75 u. 95	Holländer Käse . . . 88 „
Gebr. Gerste . . . Pf. 20	Schweizer Käse . . . 88 „
10 Pakete Puddingpulver 45	Tilsiter . . . Pf. 40 u. 60 „

Eduard Speck, Hülfstraße 80 und 82.

Auf **Kredit**
Möbel
im Preise v. 65 Mk., Anz. 5 Mk.
im Preise v. 98 Mk., Anz. 10 Mk.
im Preise v. 128 Mk., Anz. 12 Mk.
im Preise v. 200 Mk., Anz. 20 Mk.
Einzelne Möbel
Kinderwagen etc.
von 3 Mk. Anzahlung an.
Anzüge, Paletots
von 5 Mk. Anzahlung an.
Damen-Konfektion
Kleiderstoffe, Gardinen, Teppiche,
Feder-Betten.
H. Kesten
Holstenstr. 17, 1.

Fahrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.
Alle Fabrikate werden fachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Email. Vernick. bill. u. gut.
Carl Heynert, Lübeck,
Moisl. Allee 6a. Fernr. 352.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und recht bei
Markt Otto Albers Kohlmarkt 4. 10.
3. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an
Federn per Pf. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
Rote Lubeca-Marken.

1 Partie harte Landwurst
Pfd. 1.20 Mk.
Alten Tilsiter Bruchkäse
Pfd. 40 Pf.
Hans Wegener,
obere Wahmstr. 10.
Auf alle Waren rote Rabattmarken.
Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Kahlstraße Lübeck.
Distrikt Schlutup.

Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, 5. November
nachmittags 4 Uhr
im Lokal: des Herrn Saborowski
„Gasthof zur Linde“.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 3. Quartal 1911.
3. Vortrag des Kollegen Radde.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen erlucht
Die Distriktsleitung.

Moisling. Sozialdemokratisch. Verein
Mitglieder-Versammlung
Sonnabend, 4. Novbr.
abends 8 1/2 Uhr
in Schreiers Kaffeehaus.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Die Verhandlungen des diesjährigen Parteitag in Jena.
Referent: Gen. Diez, Lübeck.
3. Ausschluß eines Mitgliedes.
4. Bericht vom Gemeinderat.
5. Fragekasten.
6. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Breite Str.
44-46.

Markmann & Meyer

Rote
Rabattmarken
od. 4% in bar.

Unsere billigen November-Angebote

bieten die denkbar günstigste Kaufgelegenheit für den Herbstbedarf.

Sonnabend und Sonntag Schürzen, Damen- und Kinder-Wäsche, Trikotagen,
sind in folgenden Artikeln
Extra-Angebote ausgelegt: **Unterröcke, Kostümröcke, Kleider- und Blusenstoffe.**

**Herren-Anzüge,
Paletots, Ulster**

in überwältigender Auswahl.

Bett „Hansa“

4teilig, Ober- u.
Unterbett, Pfühl
und Kopfkissen,
federdicht. Stoffe
prima weiche
Füllung.
Vorzugspreis

34⁵⁰

Blaue und farbige
Damen-Paletots

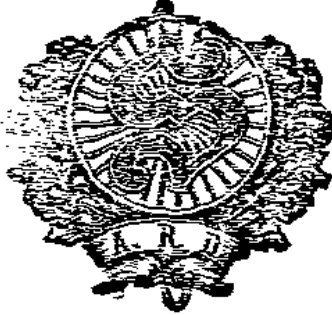
hübsche Stoffe, flotte Verarbeitung
von **6⁸⁰** an.



Turnverein
Eichenkranz
Schwartau-
Rensefeld.

BALL

verbunden mit
turccischen Aufführungen
Sonntag, 5. November 1911,
im Lokale des Hrn. Piquardt
(Hotel Kronprinz).
Anfang 7 Uhr. Ende 8 Uhr.
Eintritt 1.00 Mk.
Hierzu ladet freundlich ein
Das Komitee.



Arbeiter-Radfahrer-Verein Planet
Fackenburg und Umgegend.

Einladung zum BALL

am Sonntag, dem 5. Novbr. 1911
im Lokale des Herrn Paetau,
Fackenburg.
Anfang 6 Uhr. Ende morgens.
Die umliegenden Bundesvereine
sind freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Konzerthaus Friedrichshof.

Sonnabend, den 4. November:
Großer theatralischer Abend
veranstaltet vom Gesangverein
„Liederkranz Hansa“

Das Nachfackenviertel.

Ein tolles Stück aus dem Ham-
burger Volksleben in 6 Bildern.
Kassendöffnung 7 Uhr.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Karten à 50 und 30 Pf. sind in
Friedrichshof zu haben.
Der Vorstand.

Franzen & Co., Holstenstraße 16.

Zum Dienstbotenwechsel bringen wir

8 November-Angebote

Angebot 1.

Herren-Lodenjoppen
warm gefüttert 5⁹⁰
Mk.

Angebot 2.

Herr.-Winterpaletots
dauerhaft 13⁵⁰
Mk.

Angebot 3.

Herren-Anzüge
solide Stoffe 14⁵⁰
Mk.

Angebot 4.

Herren-Jagdwesten
braun, gestrickt 1⁸⁵
Mk.

Angebot 5.

Damen-Schnürstiefel
imit. Chevreau mit Lackkappe . Paar 4⁹⁰
Mk.

Angebot 6.

Herren-Schnürstiefel
Rindbox Extrapreis Paar 6⁹⁰
Mk.

Angebot 7.

Herren-Schaftstiefel
mit Eisen Paar 7⁹⁰
Mk.

Angebot 8.

Dam.-Spangenschuhe
Schaffleder Paar 1⁹⁵
Mk.

8 November-Angebote

Sonntag, den 5. Novbr., bis 6 Uhr geöffnet.

Lübecker
Genossenschafts-Bäckerei
e. G. m. b. H.

Ordentliche

General-Versammlung

am Sonnabend, 11. November

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassen-

bericht vom 3. Quartal 1911.

Anteilscheine legitimieren.

Lübecker

Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

P. Pape. J. Böger.

Herrnburg.

Sonntag den 5. November:

Großes Verschießen

von Gänsen u. Karpfen.

Abends: BALL.

Hierzu ladet freundl. ein

D. Schliecker.



Deutsch. Gastsp.-Ensemble
d. Lyceumtheaters, London.

Vom 1. bis 8. November:

„Der Kampf

um ein Grafenkind“.

oder: „Im wilden Westen“.

Dram. Roman aus 2 Welten in

4 Akten von Walter Melville.

1. Bild: Schloß Kerhill.

2. Bild: Salon d. Brandy Anny.

3. Bild: Vor der Farm Sims.

4. Bild: Der Liebestod der
Indianerin.

Vorverkauf bei Sager.

Vorzugskarten wochent. gültig.

Damen-Stiefel

in neuesten und bequemsten Formen,
vornehmen, eleganten Ausstattungen
mit und ohne Lack

6⁹⁰ 7⁷⁵ 8⁷⁵ 9⁷⁵ 10⁷⁵
11⁷⁵ 12⁷⁵ bis 16⁷⁵

Schuhwarenhaus

A. Popp

Breite Strasse 7.

Herren-Stiefel

aus leichtem, haltbarem Oberleder,
modernsten Formen und eleganten
Ausführungen

7⁵⁰ 8⁷⁵ 9⁷⁵ 10⁷⁵
11⁷⁵ 12⁷⁵ bis 18⁷⁵

Die Schurken des Staatsstreichs endgültig demaskiert!

Seit der Erhebung der Hochverratsanklage gegen die sozialdemokratische Dumafraktion, die der Zarenregierung den äußeren Anlaß für die gewalttätige Sprengung der zweiten Duma am 17. Juni 1907 bot, verstimmt nicht die Anklagen, die aus Anlaß dieser infamen Machination gegen die Regierung erhoben wurden. Der nachfolgende Hochverratsprozeß gegen die sozialdemokratische Fraktion, der hinter verschlossenen Türen stattfand und mit der Verurteilung unserer Genossen zu langjährigen Katorgastrafen endete, bestätigte in vollem Umfange die Anschuldigungen, daß die Regierung „den Hochverratsprozeß“ künstlich inszeniert hatte, um einen bequemen Vorwand zu finden, die Sozialdemokraten ins Zuchthaus zu schicken, die ungehorsame Volksvertretung gewaltsam zu sprengen und ein reaktionäres Wahlgesetz aufzuoktrozieren. Erst jetzt aber, nach mehr als vier Jahren, ist es möglich geworden; die teuflischen Treiber der Staatsstreichregierung endgültig aufzudecken und ihr Verbrechen dokumentarisch nachzuweisen. In dem neu gegründeten Pariser Wochenblatt „L'Evenir“, das unter der Redaktion von W. Buzew in französischer und russischer Sprache erscheint, werden die Dokumente veröffentlicht, auf Grund welcher die Zarenregierung ihr Verbrechen an dem Volk verübte. Es sind die Bekenntnisse des früheren Agenten der russischen Regierung, **Wolod Brodski**, der im Auftrage der Regierung den Hochverratsprozeß gegen die sozialdemokratische Dumafraktion ansetzte, damit der äußere Anlaß für Gewaltmaßregeln geschaffen wurde. Aus diesen Dokumenten, deren enorme politische Bedeutung offensichtlich ist, geht hervor, daß das Polizeidepartement und die Petersburger Schutzabteilung gleich nachdem der Charakter der zweiten Duma für die Regierung deutlich hervortrat, ihren Agenten und Mitarbeitern den Befehl gab, die Verbindung zwischen der sozialdemokratischen Dumafraktion und den militärischen und Kampforganisationen der sozialdemokratischen Partei festzustellen oder event. diese Verbindung künstlich herzustellen. Damit dieser teuflische Plan gelang, war erforderlich, daß eine solche militärische Kampforganisation in Wirklichkeit bestand und non der Polizei aufgedeckt wurde; ferner war es notwendig, daß sie mit der sozialdemokratischen Dumafraktion in Verbindung trat, und endlich, daß diese Verbindung einen solchen Charakter trug, daß man sie als staatsverräterisch und verbrecherisch bezeichnen konnte. Diese drei Aufgaben wurden auf folgende Art erreicht. Der Agent Brodski trat auf Befehl des damaligen Chefs der Petersburger Schutzabteilung, General **Gerassimow**, Anfang 1907 als einfaches Mitglied in die sozialdemokratische Kampforganisation ein, avancierte dort schnell und wurde bald Sekretär des „temporären Bureaus“ der Militär- und Kampforganisationen, d. h. de facto der unumschränkte Chef dieser Organisationen. Er bewahrte bei sich Waffen und Bomben auf, führte die Korrespondenz, warb neue Mitglieder an, hielt Versammlungen ab, lenkte die Tätigkeit der Organisationen. Kein Schritt der militärischen und Kampforganisationen wurde unternommen, ohne daß der Provokateur der Dohrana, der sich um die Festigung und Ausbreitung dieser Organisationen verdient gemacht hatte, nicht die erste Rolle dabei gespielt hätte.

Die Petersburger Schutzabteilung war natürlich wäh-

rend dieser ganzen Zeit von der Tätigkeit dieser Organisationen genau unterrichtet, einerseits durch Brodski, andererseits durch ihre anderen Agenten, deren Tätigkeit sie fortwährend leitete, um auf diese Weise Material für einen künftigen Sensationsprozeß herbeizuschaffen. So gab sie z. B. Brodski den Befehl, „die Verbindung herzustellen“ zwischen der sozialdemokratischen Kampforganisation in Petersburg und der Pyrotechnischen Schule, die von Privatleuten in Ruokalla (Finnland) errichtet worden war. Zu diesem Zweck mußte Brodski Dokumente einschmuggeln, die bei einer Hausdurchsuchung in der Schule diese Verbindung unzweifelhaft nachweisen mußten. In Verfolg dieses Befehls trat Brodski für einige Zeit als Schüler in diese Schule ein.

Andererseits nutzte die Petersburger Dohrana den Plan einiger Sozialdemokraten aus, eine Deputation, bestehend aus Soldaten, in die sozialdemokratische Dumafraktion zu entsenden, damit sie dort ihre Wünsche vorbringen konnte. Die Mitglieder dieser Deputation wurden gewählt, wobei sich auch die Spigel der Dohrana aktiv beteiligten, und ein Bittgesuch wurde verfaßt, welches alle Wünsche der Soldaten enthielt. Wie es sich erst jetzt herausstellt, wurde der sozialdemokratischen Dumafraktion eine Abschrift dieses Gesuchs überreicht, während das Original am Tage vorher von General **Gerassimow** durchgesehen und gutgeheißen worden war. Die Geheimpolizei hatte schließlich auch ihre Hand mit im Spiel bei dem Umkleiden der Soldaten, die sich in Uniform in das Bureau der sozialdemokratischen Fraktion nicht wagen konnten. Sie vertauschten ihre Uniform mit Zivilkleidung in der Wohnung eines Agenten der Geheimpolizei, während andere Agenten die verkleideten Soldaten observierten. In dem Moment des Erscheinens der Deputation im sozialistischen Bureau, sollte Brodski, auf Befehl General **Gerassimows**, daselbst mit dem revolutionären Archiv erscheinen. Hierbei war zwischen Brodski und dem Chef der Dohrana die Vereinbarung getroffen, daß Brodski, um jeden Verdacht abzuwenden, gleichfalls verhaftet aber späterhin aus der Verbannung befreit werden würde. Brodski erschien aber mit den erforderlichen Dokumenten zu spät und wurde nicht mehr in das sozialdemokratische Bureau, wo bereits die Hausdurchsuchung stattfand, hineingelassen.

Nach diesen Bekenntnissen des früheren Agenten der Geheimpolizei steht also unumstößlich fest, daß bei der Organisation des Besuchs der verkleideten Soldaten in der Wohnung der sozialdemokratischen Dumafraktion, das als Hauptvorwand für die Sprengung der zweiten Duma genommen wurde, kein Schritt getan worden ist, bei welchem die Dohrana nicht tätigen Anteil genommen, entweder als Anstifterin und Leiterin, oder als Beschützerin und Helfershelferin.

Wie aus den Angaben der vor Gericht gestellten sozialdemokratischen Abgeordneten und aus den Veröffentlichungen des gestrichelten Abgeordneten, Genossen **Dr. Mandelberg**, hervorgeht, hat die Fraktion von dem bevorstehenden Besuch der „militärischen Deputation“ keine Ahnung gehabt; sie stand auch bis dahin mit der Militärorganisation in keiner Verbindung und keinem Verkehr, und das Erscheinen der „Delegierten“ der Soldaten mit ihrem „Gesuch“ war für die Fraktion eine vollkommen und recht unangenehme Überraschung. Desto angenehmer war diese ganze infame Machination für die Anstifter derselben und für die hinter ihnen

stehende Staatsstreichregierung. Gleich nach der Hausdurchsuchung in der Fraktion erhob die Regierung gegen die sozialdemokratische Fraktion Anklage wegen Hochverrats, und verlangte die Auslieferung der sozialdemokratischen Abgeordneten. Und als die Duma darauf nicht einging, wurde sie kurzerhand aufgelöst, während die in Petersburg weilenden Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion ins Gefängnis geworfen und später zur Katorga verurteilt wurden. Brodski dagegen, der bei diesem provokatorischen Unternehmen eine Hauptrolle gespielt hatte, wurde im Polizeidepartement von dem damaligen Chef **Trussewitsch** und dem General **Grassimo** für seine „nützliche Tätigkeit“ offiziell belobt. **Trussewitsch**, der jetzt auf Befehl des Zaren die Kiener Dohrana einer Revision unterzieht, brüskte dem Provokateur Brodski die Hand und versicherte ihm, daß das Polizeidepartement seine Dienste nie vergessen würde.

Die angeführten Tatsachen sind von Brodski, der seine schändlichen Taten in der Folge bereute, wiedergegeben worden in den Gesuchen und Erklärungen, die er beim Zaren, beim Minister des Innern und beim Justizminister eingereicht hat. In diesen Gesuchen verlangte er, daß gegen ihn die offizielle Untersuchung eingeleitet werde, damit auch in diese schändliche Angelegenheit volles Licht hineinkommen solle. Die Regierung hat seinem Verlangen nicht entsprochen. Sie fürchtet die Aufrollung dieser Angelegenheit, durch die eine der schändlichsten und infamsten Taten der Zarenregierung ans Tageslicht kommen könnte. Umso mehr hat die öffentliche Meinung der Kulturwelt Veranlassung, die Forderung aufzustellen, daß die unschuldigen Opfer der infamen Intrige gegen die sozialdemokratische Dumafraktion unverzüglich aus der Katorga und der Verbannung befreit, und daß die hochgestellten Anstifter dieses Verbrechens dem Gericht übergeben werden.

Aus der Partei.

Kandidatenwechsel in Breslau. Aus andauernd sich verschlechternden gesundheitlichen Verhältnissen ist Genosse **Schütz** in Breslau gezwungen, die ihm vor zwei Jahren von den Breslauer Genossen einstimmig übertragene Kandidatur für den Wahlkreis Breslau-Ost niederzuliegen. Genosse **Schütz** leidet an einer hartnäckigen Zuckerkranz und hochgradiger Neurasthenie und hat sich auf ärztliche Anordnung für längere Zeit jeder öffentlichen und politischen Betätigung auf das strengste zu enthalten.

Der „Wahre Jacob“ vor Gericht. Wie wir am Mittwochs bereits mitteilten, wurde der verantwortliche Redakteur des „Wahren Jacob“, Genosse **Heymann**, vom Schwurgericht in Stuttgart wegen Vergehens gegen § 184 des St. G. B. (Verbreitung unzüchtiger Abbildungen) zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 600 Mk. beantragt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Anklage lagen zwei Abbildungen aus der vor mehr als Jahrzehnt erschienenen Katholikensammung des „Wahren Jacob“ zugrunde. Auf dem einen Bild war ein feines Bräutlein im Lehnstuhl sitzend dargestellt, wie es mit dem Gebetbuch in der Hand ein völlig entleertes Schulmädchen wulstigen Blickes umklammert hält. Unter diesem Bild steht zu lesen: „Pfarrer Bauer in Schramberg gibt sich mit beiderem Eifer dem Moralunterricht der Jugend in der Sakristei seiner Kirche hin.“ Das andere Bild trägt die Überschrift: „Bibelsprüche — zum Trost für Jölibitäre, verbessert und ergänzt durch Pfarrer Scheuer aus Kolbermoor.“ Man sieht hier in der oberen linken Ecke einen dicken katholischen Pfarrer, der ein bis auf den Mund entblößtes Mädchen in den Armen hält, um es

Mut zur Sünde.

Roman von Max Kreker.

(31. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten; alle Rechte vorbehalten.)

Und als er sah, wie ihr die Tränen in die Augen traten, da vergaß er das ganze Konto „G“, das er bereits auf den Lippen hatte. Er schämte sich, so vorlaut gewesen zu sein, bat um Verzeihung und ließ sich wohligh die Wange streicheln und ihre Finger durch sein weiches Haar gleiten, was sie so gern tat, um ihm ihre Mutterliebe zu zeigen. Wortlos küßte er sie ab, dabei bemüht, ihr mit ihrem Taschentuch die feuchten Augen zu tupfen. „Nicht weinen, Mamachen, nicht weinen“, sagte er dann so in der Art von Annemarie. Und er blieb noch ganze fünf Minuten und tollte mit ihr herum, bevor er das große Kind ablegte und seine männliche Würde wieder fand. Denn die mußte er doch haben, wenn er Anna entgegentrat.

Frau Frobel, wieder allein, ließ ein Weilchen verstreichen, um sich zu sammeln. Dann klingelte sie und bat Kasperer Kopplin zu sich herein, denn die runde Summe lag ihr im Sinn, die Günther nur durch ihn erfahren haben konnte. Sie ließ ihn ruhig sprechen, nickte nur gefällig und machte eine Ausrufe, die ihr zwar einfüllig vorkam, die aber Kopplin genügen mußte.

„Er denkt immer, ich intrigiere gegen ihn — von wegen der ‚Vorschlüsse‘“, sagte sie dann gelassen. „Geben Sie ihm nur, zu arg wird er's ja nicht treiben. Lassen Sie ihm ein offenes Konto. Ich werde schon sagen, wenn Schluß sein soll.“

Ihr Sohn sollte ihr doch mit solchen Vorwürfen nicht mehr kommen! Eigentlich aber steckte Verrechnung dahinter, denn so würde er sich weniger um Emmerich bekümmern. Und das war ihr die Hauptsache.

12.

Zwei Tage später, in der Mittagsstunde, als Frau Frobel noch etwas Dringendes zu erledigen hatte, trat Ahlemann zu ihr herein und bat sie, ins Musterzimmer hinaufzugehen. Es falle ihm zwar schwer, noch einmal auf die üblen Angewohnheiten des Herrn Emmerich zurückzukommen, aber er habe jetzt noch mehr als zuvor die Empfindung, nicht inkorrekt zu handeln.

„Es ist gut, ich danke Ihnen“, sagte Frau Frobel freundlich, ohne ihn weiter zu fragen. Als er hinaus war, warf sie einen Blick in den Handspiegel und machte sich auf den Weg.

Es war kurz nach ein Uhr. Im großen Kontor war es leer bis auf einige Herren, die erst später zum Essen gingen. Um diese Zeit war unten nur Emmerich zu finden, der dann zu Tisch ging, wenn Remin und der Lehrling um zwei Uhr sich wieder blicken ließen. So war der Sängler der Alleinhercher, der tun und lassen konnte, was er wollte. Gewöhnlich, wenn nichts zu befürchten war, lag er auf dem Sofa in seiner Schreibstube, las die Zeitung oder kämpfte mit der Müdigkeit, denn niemals hatte er ganz ausgeklappt, wenn er morgens in das Geschäft kam. Dann verließ er sich auf die Türklänge, die ihn aufschrecken würde.

Schon auf der Treppe überzeugte sich Frau Frobel davon, daß der schöne Dedo wieder Gesellschaft hatte. Und als sie dann unten war, sah sie eine Dame aus dem kleinen Zimmer kommen und hinter ihr her den schönen Dedo mit einer laut getanen Redensart, die ihm wohl noch zeitig genug eingefallen war. Auf Ernestine aber machte es den Eindruck, als wären beide gerade vom Sofa und von dem kleinen Tisch hinweggeschwunden, auf dem die übliche Flasche mit Portwein und zwei noch nicht geleerte Gläser standen. Sie sah es noch, obgleich Emmerich die Tür hinter sich schloß.

„Jedenfalls danke ich Ihnen“, stötte die Dame im eleganten Jockelragen, dessen Enden fast bis zum Kleidsaume herabhängten. Alles war schick und teuer an ihr: vom großen Putz bis zum Muff aus gleichem Fell und den Backstiefeln unter der Seide. Sie war jung und hübsch, und ein Blick genügte Ernestine, um ihr zu sagen, daß sie die „Cleopatra“ vor sich hatte, die in der Weinstube am Kurfürstendamms so annähernd neugierig an ihrem Tisch vorübergegangen war, damals allerdings noch in ziemlich dürftigem Kleide. Als hätte er eine Dame vor sich, die geschäftlich hier aufgetaucht sei, komplimentierte sie der schöne Dedo bis zur Tür, sie mit seinem Rücken wie mit einem Schilde bedeckend. Und als sie, beinahe wie auf der Flucht, hinaus war, hingen die Spuren ihres starken Parfüms noch in der trockenen Luft des Zimmers.

Frau Frobel sagte vorerst gar nichts, sondern ging direkt ans Fenster und verfolgte sie mit ihrem Blick, wobei sie sah, wie die süße Thea in eine Autodroschke stieg, die vor dem nächsten Hause hielt.

„Wollte die Dame etwas kaufen?“ begann sie geschäftsmäßig, doch mit leisem Spott in ihrem Ton. „Eine Künstlerin, nicht wahr?“

Emmerich, der ihr ansah, daß ein Vertuschen nichts mehr helfen würde, kam ihrem Gedächtnis zu Hilfe. „Die? Das

war Fräulein Thea Forka. Erzählte ich Ihnen nicht schon davon? Aber natürlich doch, Hochverehrte. Damals, damals... Denken Sie nur, sie hat einen Gönner gefunden, einen veritablen reichen Gönner. Was für ein fabelhaftes Glück für dieses Wöbchen. Ganz fabelhaft. Und was meinen Sie, was sie mir wollte? Weshalb sie so liebenswürdig war, mir hier ihren Besuch zu machen? Ich soll ihr Unterstützung geben, sie läßt nicht locker, die treue Seele. Natürlich kann es nur Sonntags geschehen. Man kann mir dazu gratulieren, wie?“

„Ja, das kann man“, sagte Frau Frobel kurz angebunden, aber doch mit einem verzerrten Lächeln, denn sofort stand es bei ihr fest, daß dieser Gönner nur er sei, und daß er das Geld, das er sich von ihr geholt, am meisten wohl für diese Person verwende.

„Haben Sie mir etwas mitzuteilen, Frau Frobel?“ fragte Emmerich durchaus ernst, da er glaubte, es handelte sich um wichtige, geschäftliche Dinge, denn noch niemals hatte er sie hier unten gesehen.

„Nein, es ist nichts, erwiderte Ernestine. Ich wollte nur einmal...“

Und sie sah sich in dem Musteraal um, als suchte sie nach irgend einem Gegenstande. Und schon wollte sie mit vornehmer Gelassenheit den Weg zur Treppe wieder nehmen, als sie ihren Gleichmut nicht länger bewahren konnte. Immer noch hatte sie das elegante Persönchen vor sich, das da stolz hinausgegangen war, und immer sah sie noch den Blick von damals, der etwas Triumphierendes enthielt, und den sie nun auch hier, in ihrem eigenen Hause zu verpfeifen glaubte. Es raste etwas in ihr, was mit der letzten verborgenen Blut in einem Menschenhaufen zu vergleichen war, die der Sturmwind aufwühlt und in die Höhe schleudert; der Rest der Leidenschaft für diesen Mann, aus dem die Eifersucht noch einmal funkelte. Wäre es eine Alte gewesen, die davongegangen war, so hätte nichts ihre Kälte erschüttert; so aber hing sie noch die Jugend an ihn, die frische, lachende Jugend, die ihrem eigenen Alter zu spotten schien. Und sie brachte die Opfer dazu, die einem vergifteten Leben abgetrohten Opfer!

„Doch, ich möchte Ihnen etwas sagen“, besten die Worte über ihre Lippen. „Es steht nichts davon in unserem Verträge, daß Sie Ihr Kontor zu einer Kneipstube mit Damen machen dürfen. Ich muß dringend bitten, das gefälligst außerhalb des Geschäftes abzumachen.“

„Aber Verehrteste, meine Verehrteste“, stammelte der schöne Dedo ganz verblüfft. „Wer sagt das, wer tut das?“ „Das sagt man bereits oben im Kontor, und wer es tut, das haben Sie ja soeben gehört“, erwiderte Ernestine in

auf das in demselben Raum stehende Bett zu legen. Unter diesem Bild ist folgender Spruch aus den Psalmen angebracht: „Wenn ich mich zu Bette lege, so denke ich an dich; wenn ich erwache, so rede ich von dir — mein holder Engel, und leite dich an zu gottseligem Tun.“ Die Anklage findet, daß das Bild den Pfarrer Schauer von Kolbermoor mit wollüstigem Ausdruck darstellt, offenbar in der Absicht, mit dem Mädchen sofort den Geschlechtsverkehr auszuüben. Es sind zwei gemeingefährliche geistliche Sittlichkeitsverbrecher, die in diesen Abbildungen an den Pranger gestellt werden. Pfarrer Schauer von Kolbermoor hatte, nachdem er mit einem Bauernmädchen längere Zeit hindurch intimen Verkehr gehabt, der nicht ohne Folgen geblieben war, das Mädchen zu der falschen Eidesaussage veranlaßt, Vater des Kindes sei ein anderer, und war später ins Ausland geflüchtet. Von dem Stadtpfarrer und Religionslehrer Bauer, früher in Schramberg, ist bekannt, daß er sich an einer Anzahl seiner noch nicht vierzehnjährigen Schülerinnen sittlich vergangen, mit einem dieser Mädchen auf der Empore der Kirche und in einer Kapelle schamlose Unzucht getrieben und sie in seinem Studierzimmer mißbraucht hat. Auch mit mehr als sechzehnjährigen Frauenzimmern hat dieser Zölibatär des öfters verkehrt. Wegen der Sittensverbrechen an seinen Schülern wurde Bauer seinerzeit von der Strafkammer Kottweil zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. — Das Urteil unserer Leser dürfte von dem des Gerichts sicherlich erheblich abweichen.

Soziales.

Steigerung der Nahrungsmittelpreise. Das Statistische Amt der Stadt Mannheim hat in seiner neuesten Veröffentlichung die Durchschnittspreise von September 1910 und 1911 der wichtigsten Nahrungsmittel gegenübergestellt. Daraus ergibt sich zur Evidenz, daß die im Vorjahre schon sehr hohen Preisnotierungen noch erheblich weiter in die Höhe geschwenkt sind. Die Durchschnittspreise betragen pro Tonne = 1000 Kilogramm:

	September 1910	September 1911
Wälder Weizen	212,50	221,90
Rumänischer Weizen	227,70	232,80
Wälder Roggen	158,10	195,60
Russischer Roggen	165,00	197,60
Wälder Gerste	165,90	207,60
Futtergerste	123,70	154,80
Babischer Hafer	159,00	190,00
Russischer Hafer	169,70	195,00

Die Kartoffelpreise haben gleichfalls eine geradezu schwindelnde Höhe erreicht. Für den Zentner wurden im Durchschnitt gezahlt:

	September 1910	September 1911
Speisekartoffeln, I. Sorte	4,87 Mt.	6,25 Mt.
Speisekartoffeln, II. Sorte	4,19	5,25
Öhnenfleisch, per Kilo	1,80	1,90
Rindfleisch, per Kilo	1,70	1,80
Hammelfleisch, per Kilo	1,70	1,80

Die Rückstellungen überstiegen bei der städtischen Sparkasse die Einlagen im September 1910 um 187 337 Mt. und im September d. J. um 230 826 Mt. Dieser Rückgang in den Spareinlagen ist um so beachtenswerter, als die Bevölkerung sich vermehrt hat und die Mitgliederzahl aller Krankenkassen gleichfalls erheblich gestiegen ist.

Gegen den paritätischen Arbeitsnachweis macht der Reichsverband u. a. Die Handwerkerzeitungen werden von der Reichsverbandskorrespondenz systematisch mit Artikeln gefüllt, in denen die Herrlichkeiten der Unternehmernachweise gerühmt werden. Darin wird besonders darauf verwiesen, daß die Opposition der Bergarbeiter gegen den Zechennachweis völlig grundlos geschah, da von 180 000 durch ihn vermittelten Stellen nur eine einzige Beschwerde einlief. Und diese einzige Beschwerde sei von Vertretern der Staatsregierung gelegentlich einer Besichtigung des Zechennachweises als völlig unbegründet bezeichnet worden. Die Herren Reichsverbändler müssen schon gestatten, daß wir diese Beweisführung für durchaus mißlungen betrachten. Beschwerden gegen die Tätigkeit des Arbeitsnachweises der Bergemaligen werden nicht sehr häufig einlaufen, denn der Arbeiter weiß nur zu gut, was seiner dann wartet. Der Zweck dieser Schamkammer ist, gegen die öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweise zu hegen, weil sie angeblich das Ziel verfolgen, zu einem bestimmten Faktor über die rein wirtschaftliche Seite des Arbeitsvertrages zu werden. Man beruft sich bei dieser Behauptung auf einige Äußerungen des Regierungsrats Dominikus, der im „Arbeitsmarkt“ ausgerufen habe: daß die

öffentlichen Arbeitsnachweise versuchen müßten, die Festschließung von Minimallöhnen, einer bestimmten Arbeitszeit, Schutz des Koalitionsrechts und Schutz des Arbeiters vor übermäßiger Inanspruchnahme zu erreichen. Hier sei zugegeben, daß die öffentlichen Arbeitsnachweise zu Maßregelungsbüroaus für diejenigen Unternehmer werden sollen, die sich den Arbeitsbedingungen nicht fügen. Gegen diese Ziele müßten sich die Unternehmer verwahren, ebenso gegen Bewilligung öffentlicher Mittel für Zwecke der öffentlichen Arbeitsnachweise, weil dadurch diese Ziele indirekt gefördert würden. Der Artikel sucht dann nachzuweisen, daß die Gefahr bestehe, daß Sozialdemokraten die Stellen der Arbeitnehmer in den öffentlichen Arbeitsnachweisen besetzen, weil sie immer mehr Einfluß auf die Zusammenfassung des Magistrats und in den Stadtverordnetenversammlungen erlangten. Den Unternehmern der Holzindustrie in Berlin wird der Rat erteilt, lieber einen Unternehmerarbeitsnachweis einzurichten, statt den städtischen paritätischen zu akzeptieren. Im allgemeinen verhielten sich die industriellen Unternehmer durchaus ablehnend gegenüber dem öffentlichen Arbeitsnachweis. Durch die Inpiration des Reichsverbands wird der Kampf um den Arbeitsnachweis zu einer Machfrage zwischen Unternehmern und Arbeiterorganisation gemacht, die auszufechten die Herren Reichsverbändler gütigst den Unternehmern überlassen.

Aus dem Gerichtssaal.

Prügelnde Schenkente. Eine schwere, aber gerechte Strafe verhängte die Strafkammer in Meiningen über zwei Schulkente, namens Krauß und Müller aus Hilburghausen, die einen zwölfjährigen Jungen mißhandelt hatten. Der Junge sollte einem Techniker eine Uhr gestohlen haben; später stellte sich aber heraus, daß die Uhr überhaupt nicht gestohlen war, da sie sich in einer Rocktasche des Technikers vorfand. Unter dem Druck der Mißhandlungen hatte der Junge den angeblichen Diebstahl gestanden, dann aber widerrufen. Wegen Mißbrauch im Amte und Erpressung erkannte die Strafkammer gegen den Schuhmann Krauß auf ein Jahr Zuchthaus und bei seinem Kollegen Müller auf vier Monate Gefängnis.

Ein schlägertiger Freiherr. Milde Richter fand der Leutnant a. D. Freiherr Kurt v. Bodenhausen, der wegen gefährlicher Körperverletzung, Bedrohung und Beleidigung vom Schöffengericht Berlin zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Der hochgeborene Herr hatte der Frau des Restaurateurs Ullmann in Schöneberg einen Stoß vor die Brust versetzt und dann den Restaurateur selbst in rohester Weise verprügelt und gedroht, „er werde ihn fast machen.“ Das Landgericht als Berufungsinstanz erkannte jedoch nur auf 600 Mark Geldstrafe, da es den Angeklagten auf Grund eines ärztlichen Gutachtens als einen schweren Neurasstheniker ansah. Der Nohling war eben kein Arbeiter.

Ins deutschen Kaiserern. Das Oberkriegsgericht in Magdeburg als Berufungsinstanz verhandelte in diesen Tagen gegen den ehemaligen Kammerjunkergeanten Karl Franz von der 10. Kompagnie des 193. Inf.-Regts. Franz war vom Kriegsgericht wegen Mißhandlung Untergebener zu acht Tagen Mittelhaft verurteilt worden. Über die jetzige Verhandlung gibt unser Magdeburger Parteigänger folgende Schilderung, die zugleich einen Einblick in die Zustände auf einer Regimentskammer gewährt: Auf dem Tische vor dem Richterkollegium liegt eine daumenstarke Lederpeitsche, wie sie die Fahrer bei der Artillerie in Gebrauch haben. Diese Peitsche hing an einer Tür in der Regimentskammer in Bernburg. Wie die Peitsche dahingekommen ist, konnte nicht festgestellt werden. Sie war jedenfalls da, und eine große Anzahl von Soldaten, besonders Rekruten, die da kamen, um Stiefel oder andere Montierungstücke anzupassen respektive umzutauschen, haben mit dieser Peitsche Bekanntschaft gemacht! Die Geschichte wurde schließlich so arg, daß Anklage erfolgte. Die Straftaten des Angeklagten liegen allerdings zwei Jahre zurück. Zur Verhandlung steht heute nur ein Fall von Mißhandlung, die gegen den früheren Muskettier Strauß verübt wurde, der im Gegenfah zu dem Angeklagten mit voller Bestimmtheit behauptet, von Franz mit der Peitsche geschlagen worden zu sein. Der Vertreter der Anklage hält die Mißhandlung zwar für nicht besonders bedeutend, aber für geradezu entwürdigend, und beantragt Verurteilung der Berufung. Das Urteil des Oberkriegsgerichts lautet auf Freisprechung. Einmal sei die Sache schon sehr lange her und das andere Mal ist nur der eine Zeuge Strauß da, der an sich wohl glaubwürdig, aber dessen Aussage doch nicht so überzeugend sei, daß daraufhin eine Verurteilung erfolgen könne. Der Angeklagte wurde nicht als unschuldig angesehen, sondern nur wegen mangelnder Beweise freigesprochen. Da das gefährliche Werkzeug, die Peitsche, nicht eingezogen

wurde, scheint es, als wenn sie ihren früheren Platz in der Kammer wieder einnehmen soll. — Vom Kriegsgericht wurde am 30. September der im dreizehnten Jahre dienende Wize-machtmeister Grieb Garriehausen von der ersten Schwadron des Hanauer Manen-Regiments wegen Mißhandlung in einem Falle und vorschriftswidriger Behandlung in fünf Fällen zu 30 Tagen gelinden Arreates verurteilt. Das Kriegsgericht hielt nur einen Faustschlag in die Zähne eines Manen, daß sie bluteten und los wurden, für eine Mißhandlung. Es war dagegen der Ansicht, daß Schläge mit der Lanze auf den Kopf oder ein flacher Säbelhieb über den Rücken, von dem am andern Tage noch ein breiter roter Streifen zeugte, und andere Liebeshörigkeiten nur „führbare Korrekturen“ darstellten und daher unter die vorschriftswidrige Behandlung zu rubrizieren seien. Das Oberkriegsgericht in Frankfurt a. M., an das der Gerichtsherr Berufung eingelegt hatte, warf die Theorie von der fühlbaren Korrektur über den Rücken, erklärte die Schläge für Mißhandlungen und erhöhte deshalb die Strafe auf sechs Wochen gelinden Arreates.

Schuhmann und Richter. Schulkente sind häufig die erklärten Lieblinge unserer Justiz; ihren Aussagen pflegen die Richter fast immer einen ungleich höheren Wert beizulegen als den Aussagen von Zivilpersonen. Während die Richter manchen Zivilzeugen mit Mißtrauen gegenüberstehen und ihnen in ihren eblischen Aussagen große Vorsicht anempfehlen, tritt beim Schuhmann häufig gerade das Gegenteil ein. Aber einen Vorfall, der auf diese Seite unserer Rechtspflege ein bezeichnendes Licht wirft, schrieb unser Dresdener Parteigänger vor einigen Tagen: „Wir wir selberzeit berichteten, hatte der Schuhmann August Mörbke ein Sittensmädchen angezeigt, weil es am Abend des 25. Juli 1911 an einer Haustür in der Krullstraße gestanden haben soll. Über den polizeilichen Strafbefehl über fünf Tage Haft, beantragte das Mädchen richterliche Entscheidung und erreichte auch seine Freisprechung. Dem Verteidiger war es mit vieler Mühe gelungen, das eblische Zeugnis des Schuhmanns Mörbke zu erschüttern. Mörbke hatte behauptet, das Mädchen genau gefannt zu haben, und doch wurde ihm klipp und klar nachgewiesen, daß er an drei verschiedenen Personen die Frage gerichtet hat: „Wissen Sie nicht, wer die Person gewesen ist, die an der Haustür in der rosa Schürze gestanden hat?“ Der Verteidiger folgerte mit Recht, daß Mörbke wahrscheinlich von Anfang an selbst in Zweifel darüber gewesen sein mag, wer die Person an der Haustür war. Dieser Meinung konnte sich auch das Gericht nicht verschließen, was der Vorsitzende in der Urteilsbegründung zum Ausdruck brachte. Am Montag war Schuhmann Mörbke als Belastungszeuge gegen ein anderes Sittensmädchen an Gerichtsstelle anwesend. In wohlwollendem Tone sagte der Vorsitzende des Schöffengerichts, Herr Amtsgerichtsrat und Major der Landwehr a. D., Richard Henning, zu Mörbke: „Herr Mörbke, Sie haben Pech gehabt mit der Tendit. Sie können aber beruhigt sein, die Sache kommt in die Berufungsinstanz. Ich habe dieser Tage mit Ihrem Vorgesetzten, dem Kriminalinspektor, darüber gesprochen. Lassen Sie sich durch nichts beirren, wenn Sie Anzeigen machen, und sind Sie unbestimmert, was daraus wird. Sie verstehen mich doch, Herr Mörbke?“ Darauf schlug Herr Mörbke sehr selbstbewußt seine Beine zusammen und erwiderte in militärischer Haltung: „Jawohl, Herr Vorsitzender!“ Dieses Gespräch zwischen dem Richter und dem Schuhmann wurde in öffentlicher Sitzung geführt; es ist gewiß sehr bezeichnend für die Rolle, die der Schuhmann im Gerichtssaale spielt.“ — Soweit die „Volksmacht“. Die Richter sehen in den Schulkenten die berufenen Hüter und Schützer der bestehenden Ordnung. Daraus erklärt sich die Bedeutung, die sie den Polizeiaussagen beilegen. Welche große Gefahr das für unsere Rechtspflege in sich birgt, hat sich ja schon des öfteren gezeigt. Ob die Mehrheit der Richter aber in absehbarer Zeit ihren Standpunkt ändern wird, ist mehr als fraglich.

Omüung.

Für den Wahlfonds gingen ein:

Von den Buchdruckern des „Volksboten“	6. Rate	5.— Mt.
Von einer Geburtstagsfeier		4.—
		5.—
Von den Plagarbeitern der Kochschen Schiffs-werft		3.—

Das Parteisekretariat.
Bromme.

Verantwortlicher Redakteur: J. G. Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

offener Erregung. „Haben Sie meinetwegen draußen so viele Schulkenten, wie sie wollen. Hier im Geschäft müssen wir uns für diesen Unterricht bedanken. Ich denke, Sie sind vernünftig genug, um das einzusehen. Nehmen Sie also gefälligst Rücksicht auf ihre Umgebung, ich bitte Sie. Ich will gern glauben, daß ihre Künstleraugen noch hin und wieder mit Jönern durchgehen — dann aber bitte mehr im Heim des — Hörers.“

Sie war so aufgebracht, daß sie ihm noch ganz andere Dinge hätte sagen können, aber der Gedanke, fremde Ohren könnten das vernehmen, riet ihr, die Sache kurz zu machen. Als Emmerich sie so dastehen sah, mit wogender Brust und verdörtem Blick, da erriet er sofort das Richtige. „Aber heße Frau Frobel, was haben Sie denn nur? Was ist denn eigentlich los?“ hauchte er schmelzend. „Endlich Licht, dachte ich, als ich Sie kommen sah, endlich einmal ein Zeichen der Freundschaft für den Verbannten hier. Das Herz zitterte mir — wahrhaftig, wahrhaftig. Und nun —! Solch eines Puppenkopfes wegen schlagen Sie Körn? Aber Frau Frobel, aber Frau Ernestine! Wie schön ich Sie mich ein. Ach, den Dedo Emmerich, der immer nur die Klugen und geistreichen Frauen liebt. Liebt te sage ich. Was ist denn passiert, wie? Du mein Gott — man sucht mich noch, man holt mich noch. Und vor Freude lasse ich mich ein wenig gehen. Und sie nickte mit. Künstlerfreude, weiter nichts. Aber kein Verbrechen, Gott bewahre. Mit einem Puppenkopf, ich bitte Sie! Schauen Sie — nur ein paar Zeilen wollte sie schreiben.“

Er schaute die Tür zu seinem Schreibraum, und Frau Frobel, geplagt von der Neugierde, ließ sich fast hineinindrängen. Es lag wirklich eine Briefkarte auf dem Tisch und daneben eine Feder. Und plötzlich benutzte er die Gelegenheit, sie mit seinen kalten Armen zu umfassen und sie heiß und lang zu küssen. Und da geschah das Unbegreifliche: sie ließ es geschehen, im Querschnitt dieses Raumes, in dem noch der Parfümduft der Jungen lag. Zwar wehrte sie sich, aber nicht mit ihrer Seele, denn die hatte er hypnotisiert, die wiegte sich in dem süßen Traum aller Frauen, die ergriffen vom Augenblick, der Schwäche unterliegen. Aber eben war sie wieder erwacht, schon fohrte die Vernunft zurück. Mit einem „Was wagen Sie!“ rief sie sich los, und mit einem „Hut!“ fuhr sie hinaus und die Treppe hinauf, wo ein Schimmel in den Ohren.

Unsjagbares ging in ihr vor, als sie rasch durch die Kontore schritt, ihrem Zimmer zu. Und wie vernichtet ließ sie sich auf ihren Sessel nieder, durchglüht von heißer Scham. Dann war das erste, daß sie den Spiegel wieder zur Hand nahm, um in ihr rotes Gesicht zu blicken. Und die Frage kam ihr: hat man mich gesehen, mich gehört? Gott sei Dank wohl nicht, denn unten waren sie allein und oben war alles still gewesen. Schließlich wandelte sie mit großen Schritten auf und ab, im großen Seelenwirrwarr einer Frau, die nicht weiß, ob sie sich glücklich oder unglücklich fühlen soll. Natürlich nur noch unglücklicher, wie je zuvor! Was hatte sie getan! Wie konnte sie sich nur so vergessen — sie, die Mutter großer Kinder! Vergessen — diesem Schutz gegenüber, den sie noch um sich duldete, weil das grausame Schicksal es so wollte. Wäre es nicht besser, sie ginge gleich durch das Fenster, um ihrer Selbstverachtung zu entgehen? Stolz, mit erhobenem Haupte war sie bisher durch all dieses Leid geschritten, und nun hatte sie sich erniedrigt und entwürdigt. Wie konnte sie nur, wie konnte sie nur! Noch brannten ihr seine Küsse auf den Lippen, diese milden Küsse eines Unerzätlichen, die sie ähnlich seit Jahren nicht genossen hatte.

Das war es eben, das hatte sie betäubt. Als Frau Frobel in dieser Auflösung durch das Zimmer flüchtete und immer aufs neue die Hände gegen die Wangen drückte, aus denen das Glührot nicht schwinden wollte, entstand aus dieser Selbstbesuldigung die Mut gegen die anderen und dazu der Wunsch nach Genußnahme für diese Schmach. Und allmählich fohrte die Vernunft in ihr zurück, und sie fragte sich mit Ruhe, was denn geschehen sei. Wenn sie richtig bedachte: nichts, nichts weiter, als eine Unverschämtheit von ihm, die auf der Stelle gestraft werden mußte. So redete es sie sich ein mit der Entschlossenheit einer Frau, die um ihre Stellung im Hause kämpft.

Und ohne viel Besinnen ging sie ans Telephon und bat Emmerich zu sich herauf. Es dauerte nicht lange, so kam er herein, lächelnd, fast ländelnd, mit der glücklichen Miene eines Mannes, der die Fortsetzung der begonnenen Seligkeit erwartet. Denn natürlich hatte er ihre Entrüstung nur als liebliche Wache auf-

„Sie wünschen, liebste Ernestine...?“
„Aber schon bei ihrem Anblick fiel er aus allen seinen Himmeln, denn was aus diesen Zügen sprach, war nur Jörn und Drohung. Das übrige tat die Haltung in ihrem Sessel, die sie so in der Art einer Anklägerin eingenommen hatte.“
„Ich wünsche Abbitte von Jörn, weiter nichts.“ sagte sie kalt. „Und dann bitte ich um den Ton, wie er sich mir gegenüber schied. Zum letzten Male sage ich Ihnen das als Ihre gute Beraterin. Ihre Freiheit vorhin setzt allem die Krone auf...“

„Freiheit, Freiheit? Aber erlauben Sie mal, erlauben Sie mal, teuerste Frau!“ sprudelte es ihm heraus. „Das war doch keine Freiheit von mir, das war eine — na, meinetwegen; neue Anknüpfung alter Beziehungen. Herrgott, was sind die Weiber umständlich.“
„Und er unternahm einen Rundgang durch das Zimmer.“
„Ich nenne es Freiheit.“ sprach sie hitzig weiter.
„Ach, ach was! In der Liebe gibt es keine Freiheit, höchstens gibt es da Erfüllung gegenseitiger Wünsche.“

„Ich glaube doch, es sieht recht bedenklich in Ihrem Kopfe aus.“ wehrte sich tapfer Frau Frobel.
„Aber sie ließen es sich doch gefallen, meine verehrte Freundin.“ sagte Emmerich durchaus vergnügt.
„Gewiß, ich ließ es mir gefallen, aber wie eine Wehrlose, die von einem Gauner überfallen wird.“
„Berchrtefte Freundin — kommen Sie mir bloß nicht mit der Wehrlosigkeit der Frauen. Um Himmels willen, kommen Sie mir nicht damit.“
„Sie scheinen Ihre Erfahrung nach dem Umgang mit Ihrer — da unten, na, wie heißt sie gleich — zu richten.“ sagte Frau Frobel empört.
Der schöne Dedo lachte. „Nach Fräulein Horka? Die? Na, die hat auch ihre Noblesse. Übrigens, was geht mich die an.“
Frau Frobel schöpfte Atem. „Also, um die Sache abzukürzen, begann sie wieder, möchten Sie nicht lieber Ihre Stellung wieder aufgeben?“ Es wäre wohl besser für beide Teile.“

(Fortsetzung folgt.)

Conrad Tack & Cie. Schuhwarenfabrik Burg bei Magdebg.



Damen-

Schnürstiefel fein Boxleder, moderne breite Form, engl. Absatz **6⁵⁰**

Schnürstiefel mit und ohne Lackkappen, elegante Straßentiefel . . . **6⁵⁰**

Schnürstiefel Derbyschnitt, mit Lackkappen, breite amerik. Form **7⁵⁰**

Schnürstiefel echt Chevreau, breite amerikanische Form **8⁵⁰**

Schnürstiefel fein Boxkalf, moderne schlanke Form **9⁵⁰**

Schnürstiefel fein Chevreau m. Lackkappe od. Boxkalf, Derbyschnitt m. Lackkappe, elegante Modelformen . . . **10⁵⁰**

Leder-Spangenschuhe 5.20 4.60 3.90 3.40 2.90 **2⁴⁵**

Leder-Hausschuhe schwarz u. farbig, warm gefüttert 4.50 3.70 **2⁸⁵**

Herren-

Schnürstiefel mit und ohne Lackkappe, moderne Straßentiefel . . . **7⁵⁰**

Schnürstiefel la. Boxleder, in eleg., bequemen Fassons **9⁸⁰**

Schnürstiefel echt Boxkalf, breite amerikanische Form **10⁵⁰**

Schnürstiefel fein Chevreau, mit Lackkappen, sehr elegant **10⁵⁰**

Schnallenstiefel in der Schaftweite verstellbar, äußerst bequeme Formen 16.50 12.50 9.80 **6⁹⁰**

Arbeitsstiefel aus kernigem Material 6.70 **5⁵⁰**

Leder-Hausschuhe schwarz u. farbig, warm gefüttert 5.90 4.60 **3⁶⁰**

„Origin.-Goody.-Welt“

Damen- u. Herrenstiefel in feinsten Ausstattung . . . 18.50 16.50 14.50 **12⁵⁰**

„Condor-Patent“

Herr.-Schnürstiefel ohne zu schnüren, bequem u. vornehm . . . 16.50 14.50 **11⁵⁰**

Herren-Schaftstiefel aus gut. Wicksleder, spitze und breite Form . . . **7²⁰**

aus starkem Rindleder **9²⁰**

prima Rindleder mit hohem Schaft, doppelsohlig **11²⁰**

Herren-Reitstiefel aus kernigem Rindleder, doppelsohlig **15⁵⁰**

aus feinem Rind-Satinleder, leicht und elegant **22⁰⁰**

Kamelhaarschuhe
für Damen, Herren u. Kinder, enorm billig!
Winter-Schuhwaren aller Art.

Am Sonntag, dem 5. November, ist unser Geschäft bis abends 6 Uhr geöffnet.

Verkaufsstelle Conrad Tack & Cie., G. m. b. H. Lübeck, **Breitestr. 47.**

Elegant garnierte

Damen- und Kinderhüte

in enorm grosser Auswahl ::
zu den allerbilligsten Preisen

empfiehlt

D. Wagner

Holstenstrasse 8.

Herren- u. Knaben-Garderoben

in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.

Herren-Anzüge 10⁵⁰ 13⁵⁰ 18⁰⁰ 21⁰⁰ 26⁰⁰ 31⁰⁰ bis 46⁰⁰ Mk.

Herren-Paletots 11⁰⁰ 16⁵⁰ 21⁰⁰ 25⁰⁰ 30⁰⁰ 36⁰⁰ bis 47⁰⁰ Mk.

Loden-Joppen m. Futter 6⁰⁰ 8⁵⁰ 11⁵⁰ 13⁰⁰ 16⁰⁰ bis 19⁰⁰ Mk.

Loden-Joppen für Knaben 3²⁰ 3⁶⁰ 4²⁰ 4⁶⁰ 5³⁰ bis 9⁵⁰ Mk.

Trotz dieser billigen Preise rote Lubeca-Marken.

Bahr & Umlandt, Breitestr. 31.

Empfehlen:

Prima dickes junges, kernfettes Rindfleisch	Pfd.	70	80
Bratenstücke	75 u.	80	1.10
Beefsteak		90	80
Rollfleisch		80	80
Gulasch		80	80
Gehacktes		80	80
Kalbfleisch von 60 Pfg. an		65	65
Prima Schweinefleisch (Bauchfleisch)		65	70
" " (Bratenstücke)		70	80
" " (Karbonade)		80	80
Tägl. frische Bratwurst		80	80
Kleine Rauchstücke		80	90
Ger. Nacken		90	40
Bratenschmalz		40	

Sowie sämtliche Wurst- und Fleischwaren zu den billigsten Tagespreisen.
Jeden Sonnabend ff. Knackwurst.

H. Schmalfeldt & W. Mamerow
Schlachtereie und Wurstmacherei.
Reiferstraße 26, Ecke Warendorpstr. **Telephon 2152.**

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter.
Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum Stiftungsfest
am Sonnabend, d. 4. November 1911
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.
Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.
Das Komitee.

Extra billig. Angebot in Wirtschaftsartikeln

Kaffeetassen, weiß, 25, 17, 12, 10 Pfg.	Zinkwannen . . . 2.35, 2.00, 1.50, 1.25, 1.15 Mt.
Große Posten Tee-Tassen, Porzellan, 15 Pfg.	Waschkessel . . . 4.50, 4.00, 3.40, 3.00, 2.50 Mt.
Kaffebecher, weiß, bunt, . . . 15, 12, 10 Pfg.	Waschruffel 125, 100, 90, 78, 68 Pfg.
Kaffeekannen 100, 80, 68, 38 Pfg.	Wäscheleinen . . . 130, 100, 80, 50, 35 25 Pfg.
Suppenterrine 1.50, 1.35, 1.15, 88 Pfg.	Wachstuch-Decken . . . 225, 68, 45, 38 Pfg.
Fleischplatten 65, 50, 35, 25, 20 Pfg.	Wachstuch Meter 1.80, 1.60, 1.30 Mt.

Kaffeesevice 2.90, 3.50, 4.25, 5.50, 6.00, 6.50 Mt. Waschgarnituren, enorme Auswahl 1.35, 1.90, 2.65, 3.00, 3.50, 4.25, 5.00 an.

RIESEN-BAZAR

Breite Straße 33. Pietro Cagna. Breite Straße 33.
Trotz meiner bekannten billigen Preise Rabattmarken oder 4 %.

